

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Faulstichova nám. 32. Telefon 6793, nachts 6797. Telegramm-Dressier: Sozialdemokrat, Prag II., Faulstichova nám. 32. Postfachamt 57544. Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kz 18.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.— Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 1923.

„Schmählichster Verrat.“

Wer etwa sich darüber noch nicht klar sein sollte, worin die Hauptursache für die wachsende Kraft des Unternehmertums zu suchen ist, der beachte, wie die Kommunisten seit den Jahren des Bestandes ihrer Partei noch jedes Ende eines Streiks dazu benutzten, um in die Reihen der Arbeiterschaft Zwietracht, Streit, Mißtrauen und Verbitterung zu tragen. Die kommunistische Partei hat bisher der Arbeiterschaft auch nicht den kleinsten Erfolg zu erkämpfen vermocht, ihre Ideologie hat im Sumpfe des Kapitalismus — siehe Rußland — geendet, und eine um die andere ihrer Versprechungen, eine um die andere ihrer tugendweise fabrizierten Parolen mußte sie ins alte Eisen werfen, wo die bleibernen Waffen im trauten Verein rosten. Nichts ist ihnen übrig geblieben, als das traurige Mittel der Verdächtigung und Verleumdung der Sozialdemokraten und insbesondere ihrer Vertrauensmänner, ein Mittel, von dem sie allerdings den weitesten und erbärmlichsten Gebrauch machen. Das Rezept, nach dem sie dabei verfahren, ist ebenso einfach wie billig: wie immer ein Kampf der Arbeiter unter sozialdemokratischer Führung ausgeht, stets schreiben die Kommunisten über „Verrat“, stets verkünden sie mit Marktschreierpathos, das Ergebnis wäre ein anderes gewesen, wenn die Kommunisten den Kampf geführt hätten. Da so gut wie jeder Streik und Abwehrkampf mit einem Kompromiß der beiden Streitparteien endet — denn auch die Unternehmerorganisationen bilden eine Macht, gegenwärtig vielfach sogar oft eine größere als jene der Arbeiter — so haben die kommunistischen Quertreiber leichtes Spiel. Gewerkschaftlich geschulte Arbeiter werden die Demagogie der Kommunisten leicht durchschauen, denn sie wissen die Grenzen der gewerkschaftlichen Kraft richtig einzuschätzen, die Spekulation der Kommunisten jetzt ihre Hoffnung denn auch nicht auf diese Arbeiter, sondern auf die Ungeheilten, Halb- und Ganzindifferenten, von denen sie annehmen, daß sie jenen nachlaufen, die den größeren Lärm zu schlagen verstehen und im Versprechen tollkühn sind. Von Gewissensbedenken sind die Kommunisten dabei wahrlich nicht angekränkt: bei allen Kämpfen werden die sozialdemokratischen Führer schwarz auf weiß gemalt, von teuflischer Dämonenhaftigkeit erfüllt, die von früh morgens bis spät abends an nichts anderes denken, als daran, wie sie die Arbeiter verraten könnten, während bei der kommunistischen Schwarzweiß-Malerei die kommunistischen Führer als blütenweiße Unschuldsengel hingestellt werden, die von der Vorsehung eingeseht sind, die Arbeiterschaft dem Paradies entgegenzuführen. Daß die Arbeiter nicht allein auf der Welt sind, daß ihre Organisationen nicht alles vermögen, am allerwenigsten jetzt, da der Bolschewismus die Arbeiterbewegung zerplittert hat, wird von den Kommunisten grundsätzlich übersehen. Es ist der alte Kostäufcherkniff: daß nicht alle Lohnkämpfe mit einem vollen Erfolge abschließen können, daß das sozialistische Ideal nicht über Nacht verwirklicht werden kann, daran sind nur die sozialdemokratischen Führer, ihre Neigung zum „Verrat“ und ihre „Feigheit“ schuld. Die Kapitalisten können sich ins Häufchen lachen; solange die Kommunisten die gewerkschaftliche Schlagkraft der Arbeiter durch ihre Demagogie so trefflich schwächen, brauchen sie selber für die publizistische Bekämpfung der Arbeiterbewegung kein Geld auszugeben.

Allen mit den Kommunisten gemachten Erfahrungen zufolge, konnte man mit Sicherheit darauf rechnen, daß sie auch das Ende des Bergarbeiterstreiks dazu benutzen werden, nach den Methoden, die früher ein unbestrittenes Vorrecht der Deutschgelben waren, über die sozialdemokratischen Führer herzufallen. Die Erwartung ist prompt in Erfüllung gegangen. „Schmählichster Verrat“, schreit der Reichsberger „Vorwärts“, der nun ganz auf den Viktor Stern gekommen ist, und „Verrat“ hallt es in den anderen kommunistischen Druckereignissen — wenn auch nur in Moll und

Bampfyr Stinnes.

Die Schwerindustrie präsentiert ihre Rechnung. — Die Arbeiter haben ihre Schuldigkeit getan, jetzt sollen sie noch den Achtstundentag opfern!

Berlin, 9. Oktober. (Eigenbericht.) Das Hauptinteresse konzentriert sich augenblicklich auf das volksverräterische Verhalten der Ruhrindustriellen unter Führung von Hugo Stinnes. Sie hatten, als die Nachrichten darüber in der französischen Presse auftauchten, behauptet, daß sie mit Wissen der Reichsregierung zu General Degoutte bereit seien; Herr Hugo Stinnes selbst unternimmt heute in seinem Blatte, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, einen längeren Rechtfertigungsversuch. Dem gegenüber steht die Tatsache, daß die Reichsregierung lediglich davon unterrichtet worden ist, daß die Ruhrindustriellen in das Ruhrgebiet reisen wollten, um angeblich ihre Interessen wahrzunehmen, daß man hier aber nichts davon gesagt habe, daß sie sich mit Degoutte in Verbindung setzen wollten. Die Regierung ist deshalb von den Pressenachrichten über die Besprechung zwischen dem französischen Höchstkommandierenden und Stinnes völlig überrascht worden. Das Kabinett soll sich in einer besonderen Sitzung mit dieser Angelegenheit befaßt haben; es will vor allem verhindern, daß eine Vereinbarung zwischen den Industriellen und den fremden Besatzungsbehörden ohne Hinzuziehung von Vertretern der Reichsregierung erzielt wird. Die Regierung hat zu diesem Zwecke bereits einen Schritt in Paris und Brüssel unternommen und an die dortigen Regierungen die offizielle Anfrage richten lassen, ob sie nunmehr bereit seien, mit der Reichsregierung in Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet einzutreten. Was die Industriellen bisher erreicht haben, ist noch nicht ganz klar; ein Vorläufer Blatt will wissen, daß mit dem von dem Großindustriellen Otto Wolf geführten „Königslorenz“ bereits ein Abkommen getroffen worden sei. In dessen Betriebe wieder in Gang zu bringen und

die Zahlung der rückständigen Kohlensteuer an die Franzosen und die Lieferung von Reparationsstoffe zu ermöglichen, soll holländisches und Schweizer Kapital hinzugezogen werden. Die Verhandlungen zwischen Stinnes und Degoutte scheinen daran gescheitert zu sein, daß Stinnes von Frankreich Geldvorschüsse zur Belegung der Ruhrindustrie verlangte.

Berlin, 9. Oktober. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Bei den Verhandlungen, die zwischen den rheinischen Großindustriellen und dem französischen Oberbefehlshaber Degoutte in Düsseldorf geführt worden sind, hat Stinnes auch eine Entscheidung gegen den Achtstundentag herbeizuführen gesucht. Die Reichsregierung muß ihre Stellung zu diesen Dingen der Öffentlichkeit schleunigt bekanntgeben. Die rheinischen Großindustriellen haben jetzt auch der Reichsregierung Forderungen unterbreitet, die unter anderem verlangen: Erlass der seit der Ruhrbesetzung beschlagnahmten Kohle, Erlass der seit dieser Zeit zwangsweise erhobenen Kohlensteuer, Beilegung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet, Garantie der Vergütung für künftig zu liefernde Reparationsstoffe, Aufhebung des Kohlenkommissariats und der staatlichen Verteilungsorgane der Kohlen im besetzten Gebiete, Ernennung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen weiterzuführen, Ermächtigung der Kommission, mit den Besatzungsmächten laufende Fragen zu regeln, Verlängerung der Arbeitszeit auf acht Stunden und Aufhebung sämtlicher Demobilisierungsverordnungen. Die rheinischen Industriellen verlangen ferner von der Regierung Auskunft, wie sich die Reichsregierung zur Schaffung einer Eisenbahnbetriebsgesellschaft im besetzten Gebiete stellt, an der das Rheinland, Frankreich und die Industriellen beteiligt wären.

Warum die Sozialdemokraten wieder in die Regierung gingen.

Ein Aufruf der Reichstagsfraktion an die Arbeiter.

Berlin, 9. Oktober. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion richtet einen Aufruf an die Parteigenossen, in dem ein Rückblick auf die letzte parlamentarische Krise gegeben und die Stellung der Fraktion dazu geschildert wird; es sei ein Rechtsputz im Gange gewesen, die Ausschaltung des Parlamentes, die Aufrichtung einer Rechtsdiktatur gegen die deutsche Arbeiterklasse war geplant. Alle Sozialdemokraten waren sich darüber einig, daß an dem Grundsatze des Achtstundentages nicht gerüttelt werden dürfe; die Meinungen gingen nur darüber auseinander, wie am besten der Angriff der Reaktion abgewehrt werden könne. Ein Teil der Fraktion lehnte jeden neuen Ueberbrückungsversuch ab mit der Begründung, daß diesem offenen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse gegenüber ein Ausweichen nicht mehr möglich sei. Die Fraktionsmehrheit dagegen war der Meinung, daß eine ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegen die Teilnahme an der

Regierung eine Rechtsregierung, die in kürzester Zeit in eine Rechtsdiktatur sich umwandeln müßte, zur Folge haben würde; die Kontrolle der Reichsregierung durch sozialdemokratische Minister verringere die unlegitimen Gefahren der politischen und sozialpolitischen Reaktion. Der Aufruf schließt: Mehrheit und Minderheit waren sich einig in der Erkenntnis, daß der Partei und den Gewerkschaften die schwersten Kämpfe bevorstünden; sollen wir diese erfolgreich bestehen, so bedarf es ungeduldet der herrschenden Meinungsverschiedenheiten der höchsten Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisationen. Darum fordert die Fraktion einmütig alle Parteigenossen auf, treu zur Partei zu stehen, sich in einem kameradschaftlichen Zusammenstehen auf die schwereren Aufgaben der nahen Zukunft vorzubereiten und mit aller Energie an einer Erstarlung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und an der Verbreitung der Parteipresse zu arbeiten.

etwas gedämpfter — wieder. Um mit seinem Geschrei mehr Eindruck zu machen, nimmt der „Vorwärts“-Schreiber die Maske des Biedermeisters vor, der noch nie ein Wässerchen getrübt hat, und meint, jeder, der den „Vorwärts“ aufmerksam lese, könne feststellen, daß er mit dem Worte „Verrat“ so „sparjam als nur möglich“ sei. Was eben der „Vorwärts“ als „möglich“ ansieht! Er will „Tatsachen allein“ sprechen lassen, die mehr wirkten, als scharfe Worte, doch gleich darauf häuft er die Epithetas: „ungeheuerliches Verbrechen“, „nachster, schmählichster und niederträchtigster Verrat“. Der Mann ist in der Schimpfologie zuhause. Die „Tatsachen“ allerdings, die er vorzuführen verspricht, stehen auf windschiefen Füßen. Belegstellen und Verleumdungen sind noch lange keine „Tatsachen“, auch wenn der „Vorwärts“ sie mit gesperrten Lettern setzt.

Wenn er von den Sozialdemokraten erzählt, sie hätten sieben Wochen gebraucht, um ihre Absicht, die von allem Anfang bestanden hat, den Kampf abzuwürgen, durchzusetzen, so ist das eine Verdächtigung, die bei jedem Preisausschreiben für die infamste Verleumdung gewiß den Preis davontragen würde, aber als „Tatsache“ wird sie sogar den „Vorwärts“-Lesern zu dumm erscheinen.

Es ist natürlich furchtbar billig, über „Verrat“ zu zetern, weil die Abwehr des Angriffs der Grubenbesitzer nicht vollständig gelungen ist. Aber wir haben doch auch Streiks gesehen, deren Führung ausschließlich in kommunistischen Händen lag und die doch mit einem Mißerfolg, oder nur einem Teilerfolg der Arbeiterschaft abgeschlossen. Dort, wo die Kommunisten die Verantwortung tragen, wissen sie sehr wohl, daß die gewerkschaftliche Macht

der Arbeiterschaft an der Macht des Unternehmertums, den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und der zeitwilligen Schwächung der proletarischen Schlagkraft ihre Grenzen findet, die zeitweilig sehr enge gesteckt sind. Wer die Verhältnisse zu berücksichtigen versteht und keine kommunistischen Scheuklappen trägt, der muß gerechtfertigt anerkennen, daß der Bergarbeiterkampf so geführt und abgeschlossen wurde, daß sein Ergebnis eher als ein Erfolg, denn als eine Niederlage gebucht werden kann. Die Kapitalistenklasse, in deren Auftrag die Grubenbesitzer den streichen Anschlag auf die Löhne der Arbeiter ins Werk setzten, fühlt sich zur Zeit nicht nur mächtig, sie ist es auch. Mit recht schreibt die kommunistische „Monatsschrift“: „Bringen die Organisationen der Arbeiter Millionen an Streikgeldern auf, so treffen es die Kapitalisten, hunderte von Millionen aufzubieten. Welches Selbstgefühl die Grubenbesitzer erfüllt, zeigte ihr Verhalten, nach einer Kürzung der Löhne um 30 Prozent und später ihre Forderung, daß die Arbeiter die Streikkosten bezahlen müssen. Die Herabdrückung dieses Verlangens auf 9 bis 13 Prozent ist in der gegenwärtigen Zeit und angesichts der Macht der Kapitalistenklasse gewiß schon als eine Abwehr des streichen Anschlages zu werten. Ebenso gewiß stellt auch die Verlängerung des Lohnvertrages bis Ende Mai einen Erfolg der Bergarbeiter dar. Der „Vorwärts“ behauptet kühn, der Streik hätte mit einem „vollen Erfolg“ abschließen müssen, wenn er weitergeführt worden wäre und er beruft sich zum Beweise der Möglichkeit der Fortsetzung des Streikes auf die Solidarität der Bergarbeiter, die volle sieben Wochen sich aufs beste bewährt habe, wobei er die alte Erfahrung außeracht läßt, daß gerade die lange Dauer eines Streikes die Gefahr der Erschöpfung der Streikenden und damit den Zusammenbruch des Streiks in bedrohliche Nähe rückt. Was das nicht nur für die Bergarbeiter, sondern für die gesamte Arbeiterschaft zu bedeuten gehabt hätte, dies sich vorzustellen, dazu bedarf es keinerlei besonderer Phantasie. Die Bergarbeiter haben keinen „vollen Erfolg“ errungen, aber sie haben ihre Kraft gezeigt und sie gehen auch nicht geschlagen und mit vernichteten Organisationen aus dem Kampf hervor. Das ist nicht alles, aber es ist in der gegenwärtigen Zeit viel. Die Kommunisten freilich spielen weiter Blindeluh und übersehen geistlich alle Möglichkeiten, sie könnten sich doch sonst über „Verrat“ nicht ereifern. Für ihr stärkstes Argument halten sie, daß ihre Parole der Proklamierung des Generalstreiks nicht befolgt wurde. Sie übersehen auch hier eine Kleinigkeit: daß nämlich ein großer Teil der Arbeiterschaft gerade jetzt müde und indifferent ist oder direkt im gegnerischen Lager steht, und daß gerade ein nicht unwesentlicher Teil der tschechischen Eisenbahner, auf die es dabei vor allem ankommen wäre, den tschechischen Nationalsozialisten angehört und den Generalstreikparolen der Kommunisten kaum zu folgen willens wäre. Aber warum sollten die Kommunisten, welche Tag um Tag den Generalstreik proklamieren und mit ihm spielen, wie ein Kind mit dem Feuer, in diesem Falle von ihrer Hazardpolitik Abstand nehmen!

Am stärksten tritt aber die Verlogenheit des „Vorwärts“ zutage, wenn man erwägt, daß auch die Vertreter der Kommunisten im Zentralstreikkomitee einstimmig für die Beendigung des Streiks unter den mit den Vertretern der Unternehmer getroffenen Vereinbarungen stimmten. Erst auf der Reichskonferenz der Bergarbeiter, als die Kommunisten wußten, daß die Mehrheit für die Beendigung des Streiks unter den gegebenen Bedingungen gesichert sei, begannen sie ihr frivoles Treiben, das jetzt in dem „Verrats“-Geschrei des „Vorwärts“ ihre Blüte findet. Das zeigt am trefflichsten, wer Verrat übt, und man kann dabei zugleich ermessen, wie die Kommunisten die „Einheitsfront“ auffassen. Die Lehren daraus werden für die Arbeiterschaft keine verlorenen sein!

Das kommende Budget.

Belanglose Verminderung der Ausgaben. — Ein Budgetprovisorium?

Seit die schicksalhafte Krone im November 1921 einen Aufstich nahm, der sie von einem Wert von sechs Centimes bis auf sieben Centimes geführt hat, ist die schicksalhafte Volkswirtschaft in die Notwendigkeit verfallen worden, eine Anpassung aller Werte an den gesunkenen Kronenkurs vorzunehmen. Dies ist auch zum Teil geschehen und die Arbeiter haben diese Ermäßigung in fühlbaren Lohnherabsetzungen gespürt. Die Regierung hat in ihrem Aufruf vom Herbst vorigen Jahres darauf hingewiesen, daß die Erzeugnisse aller Waren sinken müssen. Allen hat die Staat diese Notwendigkeit gepredigt: den Landwirten, den Industriellen, den Händlern, den Arbeitern. Von jedem hat er Opfer verlangt. Nur in der Finanzwirtschaft des Staates wurden diese Opfer nicht gebracht. So sind die Eisenbahntarife fast die gleichen wie vor zwei Jahren, das heißt ihr internationaler Wert ist um das Dreifache gestiegen. Die Staatseinnahmen mühten sich nach der Meinung der Finanzminister der schicksalhaften Republik selber dieselben zu halten, weil die Ausgaben sich auf der gleichen Höhe gehalten haben. Seit Jahren betragen unsere Staatsausgaben ungefähr 20 Milliarden.

Nun soll endlich mit dieser volkswirtschaftlich verderblichen Lebensweise gebrochen und die Staatsausgaben sollen herabgesetzt werden. Triumphierend redet der „Reifen“, das Organ des Ministerpräsidenten, seit Wochen vom kommenden Deflationbudget der Republik, das heißt von einem Budget, das dem bestehenden Kronenwert durch Herabsetzung der Ausgaben angepaßt sein wird. Darauf wird auch die verpöbelte Einberufung des Parlamentes zurückgeführt. Die Schwierigkeiten rühren daher, daß das Finanzministerium auf eine stärkere Drosselung der Staatsausgaben drängt, aber die Budgetreferenten der einzelnen Ministerien sich naturgemäß in dem von ihnen dem Finanzministerium vorgelegten Voranschlägen nicht gelassen lassen wollen.

Wie nun dieses Deflationbudget ausfallen wird, darauf lassen einige Mitteilungen des deutschsprachigen Regierungsblattes schließen. Die ursprüngliche Fassung des Staatsvoranschlages erlaubte nach den Informationen der „Proger Presse“ auf der Ausgabenseite 18 Milliarden ordentlichen und zwei Milliarden außerordentlichen, zusammen also 20 Milliarden Ausgaben. Was für eine Ausgabenverminderung gegen das vorige Jahr dies gewesen wäre, lehrt ein Vergleich mit den Budgetübersichten des Vorjahres. Im vorigen Jahr wurden nämlich die ordentlichen Ausgaben auf 13,6, die außerordentlichen auf 5,7 Milliarden, zusammen also auf 19,3 Milliarden Kronen veranschlagt. Noch der ursprünglichen Hoffnung des Staatsvoranschlages wären als die Ausgaben dieses sonderbaren Deflationbudgets — selbst wenn man die Nachtragsschritte des heutigen Jahres berücksichtigt — ebenso groß als voriges Jahr. Nun hat der Finanzminister dem zitierten Blatt zufolge eine Herabdrückung der veranschlagten Ausgaben um zwei Milliarden durchgesetzt, so daß der Staatsvoranschlag auf 18 Milliarden angesetzt wird, also um etwa 1,3 Milliarden weniger als voriges Jahr. Damit sinkt alles Gerede vom Deflationbudget in sich zusammen. Noch vor einigen Tagen hieß es, daß das Budget auf der Ausgabenseite um ein Fünftel herabgesetzt werden wird und die Ausgaben etwa 16 Milliarden betragen werden. Nach dem Bericht der „Proger Presse“ werden aber die Ausgaben 18 Milliarden betragen, die ganze Ersparnis wird also nicht einmal zehn Prozent ausmachen. Dabei kann man sich jetzt schon vorstellen, woran erspart werden soll: Nicht am Militärbudget, son-

Das Ermächtigungsgesetz vor dem Reichstag.

Das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Berlin, 9. Oktober. (Wolff.) Der Reichstag beriet heute das Ermächtigungsgesetz in Verbindung mit einem Antrage des Demokraten Schiffer, der Besetzung verlangte zum Abbau der Beamtenschaft, zur Reorganisation der Reichsverwaltung und des Gesetzbereiches im Reichslande.

Abg. Schiffer begründete seinen Antrag und stimmte dem Ermächtigungsgesetze zu. Es sei dies keine Bankrotterklärung des Parlamentes, sondern der Ausdruck der Erkenntnis, daß außerordentliche Zustände auch außerordentliche Maßnahmen erfordern. Um den Bankrott des Vaterlandes zu vermeiden, müsse das Parlament mit einer Beschränkung seiner Befugnisse einverstanden sein.

Der Kommunist Frölich führte aus, daß das Gesetz die Aufhebung des Parlamentarismus, den Tod der Demokratie und den Beginn der Diktatur bedeute.

Abgeordneter Müller-Franken (Soz.), begründete sozialdemokratische Anträge zum Ermächtigungsgesetz, wonach die auf Grund des Gesetzes getroffenen Maßnahmen bis spätestens 1. Januar 1925 gelten und die Erwerbslosenfürsorge aus dem Gesetze herausgelassen werden soll. Von einem Bankrott des Parlamentarismus könne keine Rede sein. Angesichts des Generalantrittes der Unternehmer im Ruhrgebiet sei die Schleunigkeit gesetzlicher Festlegung des Arbeiterschutzes notwendig. Der Redner wünscht dann eine Erklärung der Regierung über die Verhandlungen, die von den rheinischen Industriellen und den Franzosen geführt werden. Er sagte, daß unter seinen Anhängern sich die Großindustriellen in ihren privaten Interessen in die Reparationsverhandlungen einschließen dürften, welche zwischen der deutschen und der französischen Regierung zu führen seien. Der Otto Wolff-Vertrag sei der erste schwere Eingriff in die Regelung der Reparationsfrage.

Zentrumsabgeordneter Andre betonte, daß Ermächtigungsgesetz solle gerade der schrankenlosen Macht der Kartelle und Syndikate ein Ende machen.

Dr. Hugo (deutsche Volkspartei) sagte, daß Ermächtigungsgesetz sei keine Diktatur nach russischem Muster, wodurch eine Partei ihre Ziele verwirklichen kann. Die Regierung ist aus vier Parteien zusammengesetzt und so werden wir zu einer Diktatur der Verständigung kommen müssen. Auch wir verlangen eine radikale Vereinigung der Steuererhebung und der Verwaltung.

Nachdem ein deutschvölkischer Abgeordneter sich gegen das Ermächtigungsgesetz ausgesprochen hatte, bat

Reichsminister des Innern Sollmann das Ermächtigungsgesetz wegen der großen Dringlichkeit nicht einem Ausschusse zuzuwenden und sagte, von einer Diktatur könne nicht die Rede sein. Sowohl der Reichsanwalt wie die Minister fühlten sich nicht als Diktatoren, sondern als Beauftragte des Staates. Ueber die Besprechungen zwischen den deutschen Industriellen und General Degoutte erklärte Sollmann im Auftrage der Reichsregierung: Die Herren Glöckner, Böglser und Stimmus haben im Auftrage des bergbaulichen Vereines und in Wahrung ihrer eigenen Interessen mit General Degoutte verhandelt. Ihre Absicht, vor diesen Verhandlungen mit dem Reichsanwalt zu sprechen, kam nicht zur Ausführung, weil letzterer infolge der Kabinetskrise sie nicht empfangen konnte. Nach ihrer Rückkehr von den Verhandlungen berichteten die Herren dem Reichsanwalt das Ergebnis. Die heute in der Presse veröffentlichten zehn Fragen sind am Sonntag in Verbindung mit dem zahlreichen anderen Material übergeben worden und konnten bis zur Stunde von dem Gesamtkabinet nicht durchgearbeitet werden. Niemand in der Regierung denkt daran, die unvernünftigen Verordnungen nach einseitigen Ge-

sichtspunkt zu erlassen. Die Reichsregierung ist einstimmig der Auffassung, daß die harten Maßnahmen beim Volke Verständnis finden werden, wenn sie nicht einseitig getroffen würden. Wir haben den Willen, mit dieser Gesetzgebung den Weg zu schließen. Geben Sie uns den Weg auf das andere Ufer frei!

Hilpers (Deutschnationaler), Rehr (bayer. Bauernbund) und Ledebour (fraktionslos) teilten mit, daß ihre Parteien der Vorlage nicht zustimmen könnten.

Der bayerische Gesandte Freger wiederholte unter stürmischen Beifallstundgebungen der Deutschnationalen und Völkischen die schon im Reichsrat abgegebene Erklärung, daß die bayerische Regierung dem Ermächtigungsgesetze nicht zustimmen könne, weil sie Bedenken trage, in die Hände der Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so weitgehende Vollmachten zu legen.

Das Haus trat dann sofort in die zweite Lesung des Ermächtigungsgesetzes ein. Die Kommunisten haben dazu beantragt, die Regierung möge das Verfahren wegen Komplotes gegen die innere und äußere Sicherheit des Reiches und wegen Hochverrates gegen die rheinischen Schwerindustriellen einleiten, welche mit General Degoutte und dem Vorsitzenden der internationalen Kommission die bekannten Verhandlungen geführt haben.

Dr. Helfferich (Deutschnationaler): Wenn tatsächlich von Stimmus und seinen Freunden ein Vertrag abgeschlossen sein sollte, so weiß ich nicht, wohin wir fliehen, wenn jeder einzelne in der Lage ist, mit dem Gegner Verträge abzuschließen. Schleunigst muß eine einigermaßen wertbeständige Währung geschaffen werden, sonst gehen wir zugrunde. Zur Durchführung der Währungsreform ist eine Diktatur das ungünstigste Mittel. Der Reichstag ist mit seinen vier Jahren schon überfällig. Wenn die Abgeordneten jetzt auf mehrere Monate in die Heimat fahren, werden sie hoffentlich auf die Diktatur verzichten. Wir stellen den bezüglichen Antrag und beantragen weiters die Streichung des zweiten Artikels.

Hierauf wurden die einzelnen Paragraphen unter Ablehnung aller Änderungsanträge angenommen. Die dritte Lesung des Gesetzes wurde infolge des Eintrittes der Kommunisten und der Deutschnationalen auf übermorgen festgesetzt.

Der Ruf nach der Diktatur von rechts.

Berlin, 9. Oktober. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bringt einen Aufruf des „Stahlhelm“, worin der rechts orientierte „Bund der Frontsoldaten“ sich an seine Ortsgruppen wendet und als Gebot der Stunde die Aufrichtung der Diktatur fordert.

Ein Ei - 25, ein Brot - 76 Millionen Mark

Berlin, 9. Oktober. Entsprechend den wilden Devisensteigerungen zeigte sich heute auch auf dem Berliner Lebensmittelmarkt ein starkes Anziehen der Preise, vielfach um hundert und mehr Prozent. Der Brotpreis wird täglich hinaufgesetzt. Von morgen ab kostet das markenfreie Brot 76 Millionen Mark. Eier wurden heute mit 25 Millionen Mark verkauft. Technisch waren alle Lebensmittel in die Höhe gegangen.

Ökonomische Ziffern.

Berlin, 9. Oktober. Nach dem Ausweise des Reichsfinanzministeriums beläuft sich die schwelende Schuld am 30. September auf 46,844,781,444,537,903, also rund 46,8 Billionen. Die Einnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung belaufen sich auf 5,61 Billionen Mark gegen nur 385 Milliarden im Juli. Die Einnahmen der Eisenbahnen betragen 30,50 Billionen gegen drei Billionen im Vormonate.

Ein inhöner Fall.

Von Kera. Verachtete Aderbergung aus dem Italienischen von Johannes Kunde.

Die Luigia war eine Hopfenstange, ohne Annur oder Eigenart, wie mit der Art zurechtgehauen; vorn und hinten eben, und die boshafte Jungen im Ort gaben ihr den Spitznamen: „Die beiden Geraden.“

Das latein natürlich die müßigsten Männer, denn die Frauen hatten nichts von ihr zu befürchten und liehen ihr gerne alle Gerechtigkeit widerfahren hinsichtlich der Qualitäten, die sie für Haus und Küche hatte; ja, sie nahmen sie sogar gemeinsam in Schutz, wenn die Späße das Maß überschritten. „Mehrigens“ — meinten sie — „ist sie garnicht so häßlich, wie sie glauben machen will; sie hat wundervolles Paar.“

Im Saal Luigias verding sich aber kein Schmertling. Wie oft mochte sie wohl im Chor der Gefährtinnen mitgesungen haben: „Es ist kein Sabbat ohne Sonne, kein Weib ist ohne Liebe“ — aus eigener Erfahrung konnte sie das nicht bestreiten. Die jungen Männer sahen sie nicht viel und auch nicht wenig an, erwarteten sie nicht vor der Kirche und zu ihren Fenstern drang keine schmachtende Musik herauf. Luigia stand außerhalb ihres Geschlechts; sie war so etwas wie ein neutrales Wesen, um welches die Woge des Begierens nicht brandete. Stamm das ob und zu ein reifer Mann, ein Familienvater, in mitleidigem Wohlwollen zu prophezeien mochte: „Wer die Luigia heiratet, wird sehr glücklich werden!“ Aber diese indirekte Ermütigung führte dem jungen Mädchen auch nicht den Schatten eines

Freiers zu. So war sie fast an die Vierzig herangekommen.

Vielleicht aber täuschten sich Uebel- wie Wohlgefante über den wahren Seelenzustand dieses mageren, traurig dreinblickenden Geschöpfes, indem sie nach ihrem Gutdünken behaupteten, sie müsse sich — und nur deshalb — unglücklich fühlen, weil sie keinen Mann habe. Aber die Luigia hatte eine verborgene, zurückgedämmte, einzige und mächtige Leidenschaft: die Kinder. Eine Leidenschaft, die mit der Ehe eng verbunden ist, aber auch unabhängig davon ihre eigene Lebenskraft hat, was nicht alle Männer wissen.

Schon wenn sie als halbwüchsiges Mädchen sich auf der Straße verirrte und ihre Mutter schalt: „Luigina, Luigina, schnell! Warum kommst du nicht?“ — in 90 von 100 Fällen stand sie dann wie verjücht bei einer Gruppe kleiner Kinder, bewunderte bei diesem das Krauthaar, bei dem die Augen, bei allen aber den von ihnen ausgehenden, völlig naiven Reiz.

Sie beobachteten, streichelten, ihr ungeschicktes Stimmeln hören, ihren Spielen zuschauen, ihre kleinen Vorseiten zu durchschauen, das war für Luigia ein unvergleichliches Vergnügen. Welcher Kristallganz zitterte in diesen Pupillen, die so wissbegierig und aufrichtig waren; welche unbeherrschte Frische entströmte ihren Wundchen, wo sich kaum die kleinen weißen, Milchtropfen abzuwenden, Jählingen zeigten. Diese Wundchen gleichen Rosenblättern; die niedlichen, sich kanten anfließenden Körper dufteten wie Moos und Vogelflaum; all diese Grazie, diese lachenden Lächeln und sogar die Tränen und Verzweiflungsausbrüche jener kleinen Miniaturwelt bildeten für sie eine unerschöpfliche Quelle des Interesses und der Wärme. Wenn sie gelohnt hätte — einen ganzen Armvoll hätte sie in ihrer Schürze mitgenommen und zu

ihrer Freude, zum Troste ihrer Einsamkeit nach Hause getragen, denn sie war vater- und mutterlos, hatte niemand mehr.

Als sie vierzig Jahre zählte oder darüber, verweilte sich im Ort die überraschende Nachricht, daß Luigia heiraten würde. So ungläubig anfangs viele waren, mühten sie sich doch von der Tatsache überzeugen, als der Herr Pfarrer von der Kanzel verkündete, daß die Luigia Verheiratung mit Battista Fenise in die Ehe treten würde.

Gebudd! Die Luigia konnte sich noch jung und schön nennen. Im Vergleich mit der zauberrunden Gestalt Battistinos, der um ein Drittel kleiner als sie und ausgehörrt war wie ein verdorrter Weinstock. Wer hätte sich je ein so ganz zusammenfassendes Paar vorstellen können! „Mehrigens“ — sagten die Boshafte, diesmal auch Frauen — „sie verzehrt sich nicht vor Leidenschaft nach ihm.“

Wie die Heirat zustande gekommen war, das wußten nur zwei. Battistino war einmal mit der brennenden Pfeife in der Rodtische eingeschlossen; Luigia, seine Nachbarin, hatte sich lebenswüchsig erhoben, die Tasche, die halb verfangen war, wieder auszubehern — und da blühte in Battistinos der Gedanke an eine Ehe auf. Welch einsames Leben führten sie alle beide! War es nicht besser, sich zu wechselseitiger Hilfe zusammenzusetzen! Auf diesen Vorschlag ging das alte Mädchen nicht gleich ein: ihre Zeit sei vorüber, und wenn sie jemals in eine Heirat gewilligt hätte, dann wäre es um der Kinder willen gewesen, die nun wohl nicht mehr zu erwarten waren. Darauf führte Battistino zur Befreiung der Widerpenstigen manche Gründe ins Treffen: daß mit Gottes Hilfe alles möglich und man niemals an der Befreiung verzweifeln soll. Er fügte hinzu: wenn nach Ablauf eines Jahres Gott ihre Verbindung nicht gesegnet hätte, dann würde er sich verpflichten, ein

Rindfleisch zu adoptieren. Das Gewicht dieses Grundes ließ die Bogschale nach der Seite der Ehe niederfallen, die nach ein paar Monaten mit großer Feierlichkeit und zur vollen Zufriedenheit der Montrosanten perfert wurde.

Nicht ein Jahr, wohl aber vier oder fünf wartete das Paar vergeblich auf den Segen des Herrn, bis an einem Sonntagabend, während sich beide, auf der Türschwelle sitzend, der Kühle erfreuten, die Luigia ihren Mann an sein Versprechen, die Adoption eines Findlings, mahnte. Battistino ließ sich zuerst ein wenig bitten, gab dann aber nach, da er sich fürs Alter einen Gehilfen heranzubilden hoffte.

Das Glück der Luigia, als sie ein Knäblein in den Händen hielt, das ihr — sowohl für die zwölf Stunden des Tages als auch für die der Nacht — ganz gehörte, war grenzenlos. Sie verzüngte sich wie durch ein Wunder, sprang mehr als daß sie tief und wurde so redselig, daß die Frauen der Nachbarschaft schließlich einen abwechselnden Standpunkt einnahmen, um nicht das unauffällig von ihren Lippen fließende Lob des Kleinen anhören zu müssen.

Schon nannte sie ihn nicht mehr anders als „mein Sohn.“ Es schien, als wenn diese zwei Worte, die seit sovielen Jahren auf dem Grunde ihres Herzens schlummerten, nun infolge verspäteter Saat, zu sprossen begannen und die verlorene Zeit wachholen wollten durch eine jähe Entzündung der Triebe und Knospen, durch ein Schwelgen in Bewunderung, durch überfüllungsfähige Zärtlichkeit. Alles, was innige Liebe an anglichscher Versorgung, eifertüchtiger Pflege, an wunderbarem Voraussehen, an Entfaltung, Hingabe, an Opfern aufbringt, das alles schenkte diese Pseudomutter der Frucht ihres so lange gehegten Wunsches. Sie hatte die Genugtuung, ihn wie

Die englische Arbeiterpartei tritt auf den Plan.

London, 9. Oktober. Arbeiterführer Henderson forderte gestern abends die Regierung auf, unverzüglich eine nicht mißzuverstehende Erklärung über ihre Haltung angeht die neuen Lage im Ruhrgebiet abzugeben. Der gegenwärtige Augenblick sei für Zweideutigkeiten nicht geeignet. Die Zeit zum Handeln sei gekommen. Die Regierung muß sich für Deutschland auf dem Reich zur Teilnahme an den Verhandlungen bestehen und sich gegen jede Annexion deutschen Gebietes aussprechen.

Die britische Reichs-Konferenz.

Eine neue Rede Curzons bevorstehend.

London, 9. Oktober. (M. A.) Obwohl über die gehaltenen Reden kein Bericht herausgegeben wurde, so erfährt man doch aus den Blättern, daß der gefrigen Sitzung eine ungewöhnliche Bedeutung zukommt. Die von den Vertretern der Dominions vorgetragenen Ansichten werden auf die Entwicklung der Außenpolitik von großem Einflusse sein. Die Verhandlungen werden am Donnerstag wieder aufgenommen werden.

Wie gemeldet wird, wird Lord Curzon inzwischen mit seinen Ratgebern und Kollegen über die gestern gehaltenen Reden konferieren. Der Außenminister wird wahrscheinlich wiederum das Wort ergreifen, sobald die Konferenz wieder zusammentritt.

Die Außenpolitik Französisch-Polens.

Warschau, 9. Oktober. Ministerpräsident Pinos hielt in der heutigen Sesssion sein angekündigtes Exposé, in welchem er erklärte, daß das Verhältnis zwischen Polen und der Tschechoslowakei auf Grund der gemeinschaftlichen Interessen und der Beseitigung der strittigen Fragen geregelt werden muß. Die erste internationale Lage erfordert eine Zusammenarbeit Polens mit den mitteleuropäischen Staaten, somit auch eine bessere Gestaltung der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen. Der Ministerpräsident betonte weiters mit Nachdruck, daß Polen auch weiterhin ein Faktor des Friedens (armer Frieden!) in Mitteleuropa bleiben will und sich von diesem Wege durch gar nichts abbringen lassen werde.

Gewerkschaftsarbeit und Mitgliedererückgang in Rußland.

Die kommunistischen Gewerkschaftspalter versuchen der Arbeiterschaft immer wieder einzureden, daß der Rückgang der Mitglieder in den Gewerkschaften in den letzten zwei Jahren durch die angeblich reformistische Politik der Amsterdamer Gewerkschaften verschuldet wurde. Von der Krise der Arbeitslosigkeit, dem Druck der Unternehmer, der Bildung verschiedener nationaler und territorialer Gewerkschaftsverbände, von ihrer eigenen Schuld, die sie dadurch begangen haben, daß sie das Vertrauen zu den Gewerkschaftsführern zu untergraben gesucht haben, reden die Kommunisten nichts. Was sagen aber die Kommunisten dazu, wenn wir ihnen hier nachweisen, daß die russischen Gewerkschaften, die nicht unter der Führung der Amsterdamer stehen, einen geradezu katastrophalen Rückgang an Mitgliedern erlitten und von 1921 bis 1922 ungefähr die Hälfte ihrer Mitglieder verloren haben? Dem so ist, bestätigt ein Bericht der russischen Zeitung „Trud“ vom 27. März 1922. Ferner wird in den nachfolgenden Tabellen auch Material aus dem „Westnik Truda“ also nur Ziffern aus den Sowjetblät-

durch ein Wunder aus der Glatz eines Feuerbellsens, in das er gefallen, zu retten und ihn durch aufopfernde Mähe einem tödlichen Scharlach zu entreißen.

„Wie geht es Ihrem Didi?“ fragte sie eines Tages ein herumziehender Hausierer, der ihn vor einem Jahre gesehen hatte. — „Er ist Ihnen wie aus den Augen geschwunden.“

Bei diesen Worten wurde Luigia purpurnot und ihr Herz hüpfte vor Freude. Der Gedanke, daß er ihr wirklich ähnlich sei, begann sich ihrer zu bemächtigen und verlegte sie in heftige, ihr wohlthuende Erregung. Wie der Kleine einmal gräßlich sein Vermögen um ihren Hals legte und sie „Mama“ nannte, preßte sie ihn inbrünstig an sich, vergab ihren Kopf in sein Haar und flüsterte: „Mein Fleisch und Blut!“

Von jetzt ab suchte sie Verkehre mit Matronen, wo man von Schwangerschaft, Entbindungen, von Säuglingen und noch Ungeborenen sprach, von der Ernährung der Wöchnerinnen, von dem Brevi, den man den entwöhnten Pflänzlingen zuerst zu geben pflegt, und ihre Leidenschaftlichkeit, die Eindringlichkeit ihrer Worte, trug über die anderen den Sieg davon. Oft begann sie so: „Ich habe zwar nur einen Sohn, aber...“

Und alle im Orte wiederholten: „Der Sohn der Luigia“. Die Jungen, die erst vor kurzem Zugezogenen, die Zerstreuten, die zweifelten nicht im mindesten, daß er wirklich ihr Sohn wäre. Die Öffentlichkeit interessierte die Angelegenheit auch nur mittelmaßig.

Mit sechs Jahren wurde der Knabe zur Schule geschickt, wo er nicht immer die besten Noten bekam; sein Rechenbuch füllte sich spärlich öfters mit Worten des Tadels. Die Luigia geriet ernstlich in Verzweiflung; sie schrieb, in ihrer Familie hätte es Tüchtigkeit niemals gegeben. Eine Sig-

Ein Komplott in Budaress.

Antisemitische Studenten wollten einige Minister ermorden.

Budaress, 9. Oktober. Die Polizei hat gestern nachts einige Hausdurchsuchungen vorgenommen, bei welchen sie Waffen und verschiedenes kompromittierendes Material beschlagnahmte, sowie acht Personen, zumeist Studenten, verhaftete, welche angeblich die Absicht hatten, heute Attentate auf verschiedene Minister und politische Parteimänner zu verüben. In der Stadt herrscht infolge der Entdeckung dieses großen Komplottes eine große Erregung und das Ergebnis der gerichtlichen

Untersuchung wird mit Spannung erwartet. Das Ministerium des Innern hat über die Angelegenheit den nachstehenden amtlichen Bericht ausgegeben: Gestern, den 8. Oktober, abends, wurde eine Verschwörung aufgedeckt, welche den Zweck hatte, einige Minister zu ermorden. Die Schuldigen, darunter die Studenten Codreanu und Nota (bekannte Antisemiten) wurden verhaftet und haben ein vollständiges Geständnis abgelegt. Die Untersuchung wird fort-

tern, verwendet. Zunächst eine Uebersicht über den Rückgang der russischen Gewerkschaften:

Verband der	1. Juni 1921	1. Oktober 1922
1. Land- und Forstarbeiter	658.954	282.771
2. Bergarbeiter	321.678	227.608
3. Arbeiter in der Papierindustrie	26.853	20.560
4. Holzarbeiter	246.955	81.818
5. Lederarbeiter	278.806	77.177
6. Metallarbeiter	587.850	421.602
7. Buchdrucker	92.871	61.464
8. Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie	391.475	182.651
9. Arbeiter der Zuckerindustrie	50.898	31.059
10. Bauarbeiter	355.629	102.128
11. Textilarbeiter	428.100	399.776
12. Arbeiter der chemischen Industrie	182.938	123.650
13. Schneider (Bekleidungsindustrie)	176.361	49.338
14. Arbeiter des örtlichen Transportes	203.138	101.908
15. Arbeiter des Wassertransportes	286.835	121.653
16. Eisenbahner	1.127.479	714.522
17. Angestellte des Verbindungswesens (Post, Telegraphie usw.)	197.074	105.911
18. Angestellte des Volkshilfswesens	789.027	865.396
19. Angestellte der Bildenden Künste		57.811
20. Sanitätspersonal	587.034	297.498
21. Sowjetangestellte	1.067.387	472.925
22. Arbeiter der kommunalen Betriebe	223.577	126.064
23. Angestellte der Volks-ernährung	135.298	52.261
24. Nicht verzeilt unter dem Verbänden	55.000	63.002
Insgesamt	8.453.302	4.516.097

Bei den russischen Gewerkschaften kann man bestimmt nicht sagen, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsführer mit ihrer reformistischen Politik die Schuld an dem Mitgliederverlust tragen, sondern in Rußland sind diese Gewerkschaftsverbände der kommunistischen Partei untergeordnet, so daß andere Ursachen an dem Mitgliedererückgang schuldtragend sein müssen. Dazu kommt noch, daß die Mitgliedsbeiträge der russischen Gewerkschaften meistens obligatorisch, also für alle Arbeiter durch den Betriebsbeamten eingehoben werden, daß fern in den kapitalistischen russischen Privatbetrieben heute noch der Modus herrscht, daß dann, wenn die Mehrzahl der Arbeiter beschließt, die Gewerkschaft anzugehören, sich die Minderheit zu fügen hat, daß also auf diese Art und Weise ein Druck auf die Arbeiter der Betriebe ausgeübt werden kann. Der Mitgliedererückgang in Rußland meistens darauf zurückzuführen, daß die

nora, die in dem Jahr das Dorf als Pflanzling erwählte hätte, benutzte sie und jagte, daß gutes Blut nicht lügt; darum solle sie ruhig sein; Geduld und Zeit täten schon das Nötige und es würde gewiß nicht fehlen, daß der Schlingel an Brautheit und Rechtschaffenheit seiner Mutter nachschle. Dieses Argument bestärkte die Luigia immer mehr in dem Glauben, daß sie den Anaben selbst geboren habe, und da ein fester Glaube zu genügen scheint, um die Menschen zur Gefolgschaft zu veranlassen, so geschah es, daß ihr niemand widersprach, wenn sie die Schönheit ihres Sohnes mit sich oder mit dem schon seit manchem Jahre zu einem besseren Leben eingegangenen Battistino hervorhob.

Viele Legenden ruhen auf keinem soliden Grunde.

Inzwischen war der Knabe ein Jüngling geworden, hatte bei einem Schreiner in der nahen Stadt gelernt, sich dort verheiratet und natürlich seine gute Mama mitgenommen, welche jetzt sagen konnte, daß sie vor der Zeit ins Paradies gekommen sei, denn alle Jahre wurde ein Kindchen geboren, und ehe sie mit Battistino in der anderen Welt sich wieder vereinigte, genoss sie die Freude, elf Sprößlinge — sechs männliche, fünf weibliche — zählen zu können.

Als schließlich auch für die Luigia der Augenblick kam, Gott ihre Seele zurückzugeben und der Arzt sie fragte, was für Krankheiten sie überstanden habe, da erwiderte sie: „Keine; nur bei der Geburt meines Sohnes lag ich drei Tage zwischen Leben und Tod...“

Wie konnte man zweifeln, daß sie es ernstlich meinte, da sie die Hände über dem Kopf gefaltet hatte und ihre Augen zum Himmel aufschlug? ... Der Traum ihres Lebens war für sie Wirklichkeit geworden.

Unterstützung wird mit Spannung erwartet. Das Ministerium des Innern hat über die Angelegenheit den nachstehenden amtlichen Bericht ausgegeben: Gestern, den 8. Oktober, abends, wurde eine Verschwörung aufgedeckt, welche den Zweck hatte, einige Minister zu ermorden. Die Schuldigen, darunter die Studenten Codreanu und Nota (bekannte Antisemiten) wurden verhaftet und haben ein vollständiges Geständnis abgelegt. Die Untersuchung wird fort-

gewerkschaften die Löhne drücken und die Arbeiterschaft gegen den Unternehmer nicht entsprechend schützen. In den Privatbetrieben Rußlands gibt es heute Arbeiter, welche bedeutend höher entlohnt werden, als auf Grund der von den Sowjetinstanzen festgesetzten Verträge vorgesehen ist, und daß gerade diese Arbeiter von den Gewerkschaften nichts wissen wollen, weil sie mit Recht fürchten, daß ihnen der Lohn streitig gemacht würde. Die Löhne werden meistens nach Friedensmaßstäben, also Vorkriegslöhnen berechnet und wir finden, daß durchschnittlich der Arbeitslohn einschließlich des Naturallohnes beträgt

im August 1922	monatlich	in Prozenten der Vorkriegslöhne
„ September „	8,9 Rubel	40,5
„ Oktober „	9,01 „	41,11
„ November „	8,04 „	38,2
„ Dezember „	9,25 „	42,5
„ Dezember „	10,60 „	48,2

In Prozenten beträgt der obige Lohn, gemessen an der Entlohnung der Vorkriegszeit, nicht einmal die Hälfte des Durchschnittsarbeitslohnes vor dem Kriege. Diese Ziffern entnehmen wir dem „Trud“ vom 9. Februar 1923. Es sind also ebenfalls russische Ziffern, die niemand anzweifeln kann.

Gleichzeitig wollen wir noch eine Uebersicht über die Tätigkeit der Gewerkschaften veröffentlichen und zwar handelt es sich hier hauptsächlich um Streiks. Wir entnehmen diese Ziffern ebenfalls wieder dem Organ des russischen Gewerkschaftsbundes „MIR“, Heft 14. Nach diesen Angaben sind in der ersten Hälfte des Jahres 1922 73 Streiks ausgebrochen, welche folgende Ursachen hatten:

1. Verspätete Lohnauszahlung und niedrige Löhne.
2. Zu hohe Berechnung und zu schlechte Qualität der Arbeitsleistung, sowie des Naturallohnes.
3. Grobe Behandlung.

Von diesen 73 Streiks sind 63 ohne Wissen und Zustimmung, also gegen den Willen der Gewerkschaften ausgebrochen, zwei derartige Streiks wurden gegen den Beschluß der Gewerkschaften geführt, da einfach die Arbeiterschaft den Beschluß der Gewerkschaften, nicht zu streiken, nicht befolgte. Acht, das heißt knapp 11 Prozent der Streiks wurden mit Zustimmung der Gewerkschaften geführt. Um einigermaßen die Stimmung der Arbeiterschaft zu skizzieren, führen wir einen Bericht der Zeitschrift „Trud“ vom 17. August 1922 an, in welchem es heißt:

„In dem amtlich des fünften Gewerkschafts-Kongresses verfaßten Uebersicht über die Arbeit der ukrainischen Gewerkschaften betont ein Mitarbeiter des „Trud“, daß die große Mehrzahl der Konflikte und Streiks, nicht nur ohne Wissen und Zustimmung der oberen gewerkschaftlichen Instanzen, sondern auch ohne Wissen der Tarif- und Konflikt-Anschüsse entstanden, die die erste Instanz zur Verhinderung von Konflikten darstellen soll. Dabei kam es vor, daß die Gewerkschaften trotz der vollen Berechtigung der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen die Konflikte nicht anerkannten und überdies so laßlos vorgehen, daß sie sich um jeglichen Kredit bei den Gewerkschaftsmitgliedern brachten. („Trud“ vom 19. August 1922.)

Der russische Gewerkschaftsbeamte handelt im Konfliktsfalle völlig selbständig. Er bestimmt die Forderungen an den Unternehmer, er kann ohne Beschluß der Arbeiterschaft aufgestellte Forderungen streichen, er verhandelt mit der Betriebsleitung, er eröffnet der Arbeiterschaft, was erreicht wurde usw. Eine Zustimmung der unmittelbar beteiligten Arbeiter ist nicht erforderlich. Er ist mit diktatorischer Gewalt ausgestattet und braucht auf die Stimmung der Arbeiterschaft keine Rücksicht zu nehmen.

Daß bei solchen Verhältnissen die Arbeiter die Gewerkschaft fürchten und fliehen, ist durchaus verständlich, weil sie in der Gewerkschaft den Lohndrücker sehen.

Es muß allerdings auch betont werden, daß der Apparat der russischen Gewerkschaften ein ungeheuer komplizierter ist, wenn es sich um einen Streik handelt. Es müssen zuerst der Schlichtungsausschuß, das Schiedsgericht, das Konfliktamt und noch mehrere untere, mittlere und obere Instanzen entscheiden; daß dann, wie im „Trud“ angegeben wird, wenn längere Zeit die Arbeiterschaft wegzurückgezogenen Lohnauszahlung keinen Bescheid erhält, den Arbeitern die Geduld ausgeht, ist klar, und es heißt im „Trud“ darüber:

„Den Arbeitern geht schließlich die Geduld aus und die Geschichte geht los. (Es wird gegen den Willen der Gewerkschaft gestreikt.) Sofort wird der ganze Gewerkschaftsapparat in Bewegung gesetzt, die Verbandswertreter führen den Arbeitern den allgemeinen Schaden des Streiks vor Augen, weisen sie auf dessen Zwecklosigkeit hin; wenn kein Geld da ist, kann nicht gezahlt

werden, folglich müsse man sich gedulden.“ („Trud“, 17. August 1922.)

Aus all diesen kurzen Auszügen aus der russischen Gewerkschaftspresse ist zu ersehen, daß tatsächlich in Rußland die Gewerkschaften genügend Arbeit hätten, um die Arbeiterschaft zufrieden zu stellen. Wenn nun in unseren Gewerkschaften, wo mit der größten Schnelligkeit gearbeitet werden muß, die Kommunisten alles schlecht finden, so wäre es angezeigt, daß sich einmal die Kommunisten die russische Gewerkschaftsarbeit etwas näher ansehen würden.

Inland.

Forderung nach Einberufung des Senats.

Im Namen des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Senatoren richteten die Genossen Senatoren Dr. Keller und Richter an das Präsidium des Senates das schriftliche Ersuchen, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die Nationalversammlung sofort einberufen wird. In dem diesbezüglichen Schreiben heißt es nach Aufzählung der zu leistenden parlamentarischen Arbeiten:

„Wenn es schon möglich ganz unmöglich ist, alle diese Dinge im Abgeordnetenhause durchzubekommen, so besteht in uns größerem Maße die Gefahr, daß der Senat auch heuer wie in früheren Jahren gezwungen ist, Gesetze von der größten Wichtigkeit in würdevoller Weise durchzusetzen, ohne daß eine ernstlichere Beratung, ja auch nur ein ernsthaftes Studium der Gesetze möglich wäre. Wir erheben heute schon unsere warnende Stimme. Langst hätte die Nationalversammlung einberufen werden sollen. Die Nichteinberufung derselben und die daraus folgende Art der Behandlung der Gesetzesvorlagen schädigen auf das schwerste das Parlament und die Demokratie. Die Fortsetzung dieses Verfahrens ist geeignet, das Ansehen des Parlamentarismus vollständig zu untergraben und den Gegnern der Demokratie die Wege zu ebnen.“

Allem Anscheine nach wollen aber die Reaktionspartien auch heuer wieder die Komödie der Durchweisung des Budgets wiederholen.

Die Kuirsch-Partei für die „völkisch-soziale“ Diktatur.

Wir haben schon in unserem gestrigen Leitartikel die Tatsache hervorgehoben, daß die deutschen Nationalsozialisten unter Einwirkung der diktatorischen Bestrebungen des bayerischen Hitler und seiner „Partei“ ihr falsches demokratisches Gerg immer deutlicher entstellen und mit ihren Brüdern im Reich immer lauter die Forderung nach der Diktatur erheben. Wie richtig diese unsere Feststellung war, bewies neuerdings Herr Kuirsch, der Führer der heimischen Nationalsozialisten, der am 7. Oktober auf der nationalsozialistischen Landeskonferenz in Mährisch-Schönberg offen die „völkisch-soziale Diktatur“ predigte, die erit „die Vorbedingungen zum Wiederanflug schaffen werde.“ Natürlich heißt Herr Kuirsch zunächst nur auf den Sieg der völkischen Diktatur, d. h. der Sächselherrschaft, des Hakenkreuzes, der blutigen Sozialistenunterdrückung und des Monarchismus in Deutschland. Sonst könnte er nicht in einem Atem mit der Diktatur die „Selbstverwaltung“ für die Deutschen in der Tschechoslowakei fordern! Daß diese Selbstverwaltung, ginge es nach unseren Nationalsozialisten, sich auch sehr bald in eine „völkisch-soziale Diktatur“ verwandeln müßte, ist aber noch der diktatorischen Einstellung Kuirschs und der Seinen nicht zweifelhaft. Dort, wo das deutsche Volk unterdrückt ist, fordern diese Schwindler selbstverständlich die Selbstverwaltung des Volkes, dort sind sie „Demokraten“. Dort aber, wo das Volk souverän ist, wie in der Republik Deutschland, entpuppen sie sich als die wütendsten Feinde der Demokratie, dort wollen sie die blutigen Diktatoren spielen, die das arbeitende Volk mit allen Mitteln mehrheitlicher Gewalt niederschnippseln.

Es wird ihnen in Deutschland nicht gelingen, ihre „völkisch-soziale“ Diktatur aufzurichten und also wird auch der Kuirsch seine diktatorischen Gelüste begraben müssen. Nachher werden dann natürlich die hierländischen Nationalsozialisten wieder von der Demokratie reden, wie sie das im Jahre 1919 so ausgiebig taten, wo sie „Demokratie im Saate“, Demokratie bis ins Kleinste forderten, ausdrücklich nach „Demokratisierung der Gemeindestuben“, nach „Demokratisierung unseres gesamten Bildungswesens“ schrien. Erinnern sich die Herren Schilling, Krebs, Jessor usw. noch an jene Zeit? Alle Welt lacht über diese politischen Chamäleons, die gestern brave Demokraten münzten und heute von den Hitlerhässlichen diktatorischen Größenwahn infiziert sind.

Die kommende Parlamentssession. Der Minister hat gestern nachmittags eine Sitzung ab, die sich mit den Vorbereitungen für die kommende, am 30. Oktober beginnende Parlamentssession beschäftigte. Es sollen außer dem Budget noch 16 Vorlagen eingebracht werden; es handelt sich hierbei meistens um Verlängerung von schon bestehenden Gesetzen. Es sind dies unter anderen folgende Vorlagen: Die Genehmigung des Nachtragsprotokollens zu den Elbe-Schiffahrtsaktien, die Erklärungen für Einquartierungen des Militärs, die Gesundheitszuschläge zwecks Bildung eines Krankenhausfonds, die Organisation der weiblichen Nachschauen, das Gesetz über Beschränkung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte, die Verlängerung des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes, des

Kriegsbeschädigtengesetz, des Gesetzes über die Baubewegung, des Gesetzes über die Kriegszuschläge zu den direkten Steuern, des Gesetzes über die Umsatz- und Luxussteuer, des Gesetzes über die Regelung des Handelsverkehrs mit dem Ausland und des Beschwohrgesetzes in Karpatenland. Sonst ist über die Parliamentsmission noch bekannt, daß in ihrer ersten Sitzung Minister Dr. Bened ein Exposé über die Außenpolitik gehalten wird. Ferner findet eine außenpolitische Debatte statt, die drei Sitzungen in Anspruch nehmen soll. Die Ausschüsse werden noch zu tun haben, um die oben genannten terminierten Vorlagen dem Hause rasch zu überreichen. Die schwedischen Reparierbedürfnisse, im Hause einen Antrag auf Einführung von Schutzzöllen für Getreide und Fleisch einzubringen. Nach der außenpolitischen Debatte wird Finanzminister Beata ein Exposé über die finanzielle Lage des Staates vorlegen und gleichzeitig das Budget dem Hause vorlegen. Sodann wird der Budgetanschluß mit der Behandlung des Staatsvoranschlags beginnen.

Die Kerikalen präsentieren der Koalition ihre Rechnung. Die „Libove List“ sagen im Hinblick auf das Gemeinwählergebnis, daß sich das neue Kräfteverhältnis der Koalitionsparteien vor allem in den Richtlinien und im Charakter der Regierung ausdrücken müsse. Der Charakter der Regierung sei bisher sozialistisch, da von 17 Ministerposten fünfzehn auf Sozialisten besetzt sind. Nach den Wahlen hätten die Sozialisten kaum auf ein Drittel Anspruch. Außerdem müsse die Regierung in kultureller Hinsicht mehr Rücksicht auf die Forderungen der katholischen Parteien nehmen. Die Regierung und vor allem das Unterrichtsministerium, das bisher die Wünsche der Katholiken, welche ungefähr 90 Prozent der ganzen Bevölkerung ausmachen, nicht respektiert habe, müsse den Forderungen des ungeborenen Bloks der katholischen Wähler ohne Unterschied der Nationalität mehr entgegenkommen. Die Volkspartei habe bisher zur Genüge bewiesen, daß ihre Politik nicht mit religiösem Radikalismus zu vergleichen sei, weshalb sie um so mehr einen antireligiösen Radikalismus nicht vertreten könnte. — Das Abendblatt des „Ceske Slovo“ meldet, daß in den Kerikalen Parteien ernsthafte Erwägungen über die Bildung eines katholischen Bloks gepflogen werden. Es würden sich alle katholischen Parteien auf dem Gebiete der Republik vereinigen. Dieser Gedanke habe in den Kreisen des Episkopats eine günstige Aufnahme gefunden. Nur von der tschechischen Volkspartei wird erklärt, daß bevor ein solcher Blok gebildet werde, vorerst ein Übereinkommen zwischen der Volkspartei und der slowakischen Volkspartei notwendig ist. In den deutschen Katholikenkreisen wurde dieser Gedanke ebenfalls sympathisch aufgenommen und er soll auf dem baldigen Kongress der deutschen Katholiken diskutiert werden. Dieser Blok würde gemeinsam vor allem in kulturpolitischen und Kulturfragen vorgehen.

Eine Antwort auf die gelbe Deke. Die Duxer „Deutsche Wohlgemeinschaft“ vermißt es bekanntlich, unseren Genossen zwecks Wahl des Stadtrates die Koppelung anzutragen, wodurch unser Stimmrecht verloren ginge und die Tschechen ein Stadtratsmandat mehr gewinnen. Diese von uns bereits besprochenen Ausgänge der Wahlen benützen die Gelben zu einer niederträchtigen Hebe gegen uns. Sie behaupten, wir hätten die uns angebotene Koppelung abgelehnt und dadurch „Vollverrat“ begangen. Um der Wählerstimme von Dux die Möglichkeit zu geben, zu prüfen, auf welchen Seite der „Vollverrat“ ist, wurde für den vergangenen Sonntag eine öffentliche Volksversammlung in Dux einberufen, die sich zu einer glänzenden Kundgebung für unsere Partei gestaltete. In der Versammlung geisterte Abgeordneter Genosse Hl. das Vorgehen der Gelben in der Duxer Gemeindevertretung. Der deutschdemokratische Gemeinderat Dr. Müller, der ebenfalls in der Versammlung erschienen war, erklärte es als ein Gebot der Ehrlichkeit, anzuerkennen, daß die gegen die sozialdemokratische Partei ausgehenden Verleumdungen jeder Grundlage entbehren. Die überaus stark besuchte Versammlung — hunderte Personen fanden keinen Einlaß — nahm eine Entschliessung an, in der die Stellung der sozialdemokratischen Gemeindevertretung für wichtig erklärt und der Partei das Vertrauen ausgedrückt wird. Der Redner der Duxer „Tag“, Steut ist also schließlich zusammengebrochen.

Bürgermeisterwahl in Aussia. Am Montag nachmittags fand die konstituierende Sitzung der Aussiaer Gemeindevertretung statt. Unsere Partei koppelte mit den Kommunisten zur Wahl des ersten Bürgermeisters. In diesem wurde mit 14 von 15 abgegebenen Stimmen Genosse Bösl gewählt. Die Wahlgemeinschaft der Bürgerlichen verband sich mit den deutschen Nationalsozialisten zur Wahl des Bürgermeisters und des zweiten Stellvertreters. Mit 23 von 27 abgegebenen Stimmen wurde der Nationalsozialist Fischer zum zweiten Bürgermeister gewählt. Die vier letzten Stimmzettel stammten von den Tschechen. Zum Bürgermeister wurde der deutsche Nationalpartei Dr. Karl Schöppe gewählt. Die Wahl des Stadtrates ergab folgendes Resultat: Sozialdemokraten drei, Kommunisten zwei, Nationalsozialisten zwei, Wahlgemeinschaft sechs, Tschechen ein Mandat. Die Meldung des „Prager Tagblattes“, daß die deutschen Sozialdemokraten nur zwei Stadtratsmandate erhalten hätten, entspricht nicht der Realität.

Rundgebungen des Deutschen Lehrerbundes. Der Bundesausschuß und die Vertreterversammlung des „Deutschen Lehrerbundes“ haben in der am 28. und 29. September in Prag abgehaltenen Tagung einige Entschliessungen angenommen. Zur Gehaltsfrage wird schon jetzt gegen jede wie-

immer geartete Kürzung der ohnehin völlig unzureichenden Bezüge der öffentlichen Angestellten schärfer Einspruch erhoben. Der Vorschlag des Ministeriums für Schulwesen und Volkshilfe zur Umgestaltung der Bürgererschule und der Lehrerbildungsinstitutionen wird als entscheidender Fortschritt begrüßt. Auch in der Einführung des Bürgerkunde-Unterrichtes wird ein bedeutender Schritt nach vorwärts festgesetzt. Schließlich richtet der Deutsche Lehrerbund an die Regierung das dringende Ersuchen, nicht nur die nationalen Abteilungen der Landesschulräte weiterbestehen zu lassen, sondern auch im Falle der Durchführung der Gaubverfassung auf Grund des Paragraphen 11 des Gesetzes vom 9. April 1920 nationale Abteilungen bei den Gauschulräten zu errichten.

Ein Jahr. Unter diesem Titel bespricht der bekannte tschechische Publizist Josef Benizel in den „Narodni Listy“ den Bestand der nationalen Koalition. Er sagt, daß sich die jetzige Koalition, nach einem Jahr ihres Bestandes in den Wahlen ungeschwächt und ungeändert wiederum präsentieren habe. Eine Gesellschaft, die sich auf der Sozialversicherung und auf der Abänderung der Vermögensgesetze ohne irgendwelche Störungen geeinigt hat, hätte damit den Beweis ihrer Fähigkeit gegeben und die Legitimation gewonnen, Führer im Parlament und Direktor im Staate zu sein. Die Gemeinwähler haben an dem Bau des jetzigen Regierungssystems nicht getrübt. Sie bleiben ohne politische Folgen und alle Kombinationen, die mit den Wahlen im Zusammenhang gebracht wurden, würden als ungründet ausbleiben. Bis zu diesem Punkt seiner Ausführungen, da er über den Wahlausgang in Böhmen, Mähren und Schlesien spricht, zeigt sich Benizel also ziemlich unbeeinträchtigt. Aber über die Gaubwahlen in der Slowakei kann er nicht mehr so glatz hinweggehen und sagt: „Die Gaubwahlen in der Slowakei mögen eine deutliche Aufforderung an alle Faktoren im Staate zu sorgfältiger und sachlicher Prüfung sein, ob die Methoden, Praktiken und Mittel der slowakischen Regierungspolitik richtig, zweckmäßig und geeignet waren und ferner eine Lehre, daß mit jeder Nation und mit jedem Gebiet nach dessen Eigenart, nach dessen Bedürfnissen und nach dessen Tradition verfahren werde. Summa cuius?“ So weit Benizel. Gilt nicht das für die Slowakei Gogale auch nicht für andere Nationen und Gebiete, die diesen Staat bewohnen?

Ausland.

Warum der „Völkische Beobachter“ verboten wurde.

Aus München wird uns berichtet: Der Generalstaatskommissar hat den „Völkischen Beobachter“ auf zehn Tage verboten. Das Verbot wird mit einem „an Landesverrat grenzenden Aufruf“ im Angeheißenen der Donnerstagsnummer begründet. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Krieger! Macht feuerbereit! Bald wird das Kommando zur Feuereröffnung ertönen, dann darf keiner von Euch fehlen! Durch Kampfbereitschaft zur Volksgemeinschaft. Meldet Euch zum Kriegerregiment der Sturmabteilung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei!“

In den letzten Monaten und Tagen hat der „Völkische Beobachter“ mehrfach ähnliche Aufrufe gebracht, die mit nicht geringerer Deutlichkeit das Ziel der „inneren Reinigung“ verfolgten, ohne daß ihm etwas geschah wäre. Man geht daher wohl nicht fehl, wenn man hinter diesem Verbot des Herrn v. Rahr den Einfluß gewisser Kreise der Bayerischen Volkspartei vermutet. Für diese Partei ist jetzt offenbar das Maß voll. Das ist auch aus einem Aufruf zu schließen, den die Bayerische Volkspartei inzwischen an das Bayerische Volk gerichtet hat. Unter anderem heißt es in der Kundgebung: „Wir nehmen mit Entschlossenheit den Kampf gegen jegliche, den Bestand von Volk und Vaterland gefährdende Radikalisierung und Verwirrung der Geister und die Vernichtung des öffentlichen Lebens auf. In diesem schreuen wir die politischen Methoden aller jener ab, die in Verleumdung sozialistischer Kommunisten und politischer Möglichkeiten den Kampf gegen unsere national gerichtete Staatsregierung mit vergifteten Waffen führen und als Minderheit der Regierung und Volksvertretung ihren ungezügeltsten Willen aufzwingen wollen. Wir bitten unsere Anhänger in Stadt und Land, nur jenen Verbänden als Mitglieder anzugehören, die nicht im Kampf, sondern in treuer Zusammenarbeit mit unserer national gerichteten Regierung die Wege zur Rettung unseres Vaterlandes ebnen wollen. Stellt Euch in einmütiger Geschlossenheit und in vollem Vertrauen hinter die Regierung Anstalt und den von ihr bestimmten Generalstaatskommissar v. Rahr...“

Die Minoritätenpolitik am Balkan.

Ein Urteil englischer Sozialisten. Die englischen Genossen Duxton und Rife, die kürzlich an der Spitze einer parlamentarischen Kommission die Balkanstaaten bereisten, haben einem Unkavalier Marie ihre Ansichten über die politischen Verhältnisse am Balkan in ein Urteil zusammengefaßt, dem wir folgendes entnehmen: „Unsere Reise in den Balkan hat uns Gelehrtheit gegeben, mehr als je den gegenwärtigen Charakter des Minoritätenproblems kennen zu lernen. Es ist enttäuschend, wenn man feststellt, daß die Verträge zwischen den alliierten Mächten und den neuen Staaten, welche die politischen und religiösen

Rechte der Minoritäten garantieren, nicht respektiert werden. Die öffentliche Meinung des Westens hätte eine demokratischere Orientierung erwartet. Wir haben nur einige wenige Anzeichen der Besserung gesehen. In den neuen Staaten wurden die Sozialisten durch die sozialistischen Parteien der neuen Provinzen gestärkt. Wir sind froh, festzustellen, daß sie anerkennen, daß sie eine besondere Aufgabe haben. Sie gehen sich Reue darüber, daß sie den angefallenen Brüdern den Übergang möglichst erleichtern müssen. Die Sozialisten sind überall Gegner des Chauvinismus in allen seinen Formen und müssen sich als entscheidender Faktor in dieser Beziehung erweisen. Wir haben große Hoffnungen auf die bevorstehende Konferenz der Sozialisten des Balkans. (Es ist von der interbalkanischen Konferenz die Rede, welche im Prinzip vom Hamburger Kongress beschlossen wurde und an der auch westliche Delegierte teilnehmen werden. Ann. d. Red.). Die Konferenz wird zur Beilegung des übertriebenen Nationalismus beitragen, welcher heute herrscht und wird gleichzeitig die Bestrebungen nach Frieden und Verständigung stärken. Die britische Arbeiterpartei ist ein Kämpfer für die Rechte aller Minoritäten und tritt dafür ein, daß ihnen die politischen, kulturellen und religiösen Rechte, die in den Friedensverträgen vorgesehen sind, garantiert werden.“

Die Genossen Duxton und Rife äußerten dann noch die bekannten Ansichten der englischen Partei über das französische Abenteuer an der Ruhr, welches jene als willkürliche Invasion einstimmig verdammt. — Genosse Duxton wird ja bald als Mitglied der internationalen Kommission auch in die Tschechoslowakei kommen, die zwar nicht am Balkan liegt, aber hinsichtlich der hier herrschenden Auffassungen über das Minoritätenproblem auffallend verwandte Züge mit dem „Esten“ aufweist. Genosse Duxton wird bei dieser Gelegenheit auch feststellen haben, ob auch alle hierländischen Sozialisten sich ihrer „besonderen Aufgabe“ bewußt sind.

Finnland.

Von Dr. A. Politzsch, Pörschhammer.

V. Die Heimreise über Estland und Finnland.

Der Reisebericht aus Finnland ist so lang ausgefallen, daß ich der Heimreise nur mehr wenige Zeilen widmen kann, obwohl auch aus diesen Handstaaten manches Wissenswertes zu berichten wäre. Sie stehen an Kultur hinter Finnland ziemlich weit zurück. Das rührt zum Teil, besonders soweit es Estland betrifft, wohl von einer minderen Kulturfähigkeit des Volkes, hauptsächlich aber daher, daß die Gouvernements Estland, Livland und Kurland im zaristischen Rußland keineswegs jene Autonomie hatten wie Finnland, sondern von Petersburg aus verwaltet, d. h. verpfändet wurden. Und dazu kam noch, daß die Bewohner dieser Gouvernements von zwei Zwingherren vergewaltigt wurden, von den zaristischen Beamten und von den baltischen Baronen.

Ueber das Deutschtum in den Ostseestaaten ließe sich viel, sehr viel erzählen. In Estland und Lettland sind die Deutschen in ganz besonderer Maße verhaßt. So, haben sie in diesen Ländern nicht die „Kultur“ gebracht, sind denn Riga, Dorpat nicht überwiegend deutsche Schöpfungen, deutsche Städte? O ja, sagen die Esten und Letten, freilich haben die Deutschen Kultur gebracht, aber nicht uns; uns haben sie unterdrückt, haben uns schlechter als das Vieh behandelt, haben uns die Schulverweigerung, den Ader vorzuziehen. Die baltischen Barone haben sich mit dem Jaren gegen uns verbündet, sie haben uns nach der Revolution, als wir uns schon unsere Freiheiten erobert hatten, neuerdings unterjochen wollen; und hätte Deutschland gesteuert, so wären wir heute eine kaiserliche Satrapie, Reiz, man hat dort die Jahre 1918 und 1919 nicht vergessen; und man muß es der Empörung dieser durch Jahrhunderte in ihrer Entwicklung gehemmt Völker zugute halten, wenn sie manchmal ungerade werden und auch das Gute nicht anerkennen wollen, das ihnen deutscher Gewerbesinn, deutsche Wissenschaft gebracht haben.

In Finnland selbst — um dies nachzuholen — ist von Dux gegen die Deutschen in solchem Maße gewiß keine Rede; dort gab es ja auch keine baltischen Barone, die das heimische Volk hätten unterdrücken können. Das Bürgertum erinnert sich auch mit Dankbarkeit der ausfallgebenden Unterstützung, die ihm beim Kampfe gegen die rote Armee im Jahre 1918 durch die Truppen des General von Goltz zuteil geworden ist. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei freilich denkt an den blutigen Frühling mit gemischten Gefühlen zurück; sie freut sich wohl, von der Gewaltherrschaft Sowjetrußlands befreit worden zu sein, aber sie hat die fürchterlichen Grausamkeiten nicht vergessen, die von der weißen Armee, die unter dem Kommando deutscher Offiziere stand, und von den deutschen Truppen verübt worden sind. Schreckliche Mordtaten wurden genommen, 6000 Arbeiter wurden hingerichtet, 12.000 sind in den Konzentrationslagern verhungert. Schon war es beschlossen, daß auch Finnland unter deutscher Herrschaft verbleiben solle, ja es war bereits ein deutscher Prinz als „König von Finnland“ ausgerufen. Das haben die demokratischen Teile des finnischen Volkes nicht vergessen; und darum bringt man dem Deutschtum auch heute noch dort ein wahrlich leider nicht unbegründetes Mißtrauen entgegen.

In Estland gibt es kein Alkoholverbot, im Gegenteil, dort hat der Staat den Schnaps monopolisiert und zieht bedeutende Einnahmen daraus. Dort sieht es auch etwas anders aus; es fiel uns auf, daß uns in Reval sofort nach unserer Ankunft wieder die heimischen Verbände begrüßten, die wir in Finnland nicht ein einziges Mal gesehen hatten. Die Stadt selbst ist bei weitem nicht so sauber und gepflegt wie die finnischen Städte. Freilich haben diese Gebiete durch den Krieg arg gelitten, besonders gilt das von Riga, dessen Industrie fast ganz zugrunde gerichtet ist und in dem heute noch viele Spuren der blutigen Kämpfe zu finden sind, die an der Düna geführt worden sind.

In der alten Universitätsstadt Dorpat, das jetzt Tartu heißt, waren wir auch. Die Hochschule ist lettisch geworden, es werden aber auch noch deutsche Vorlesungen gehalten. Die Zahl der Studierenden ist sehr groß, die Hörlehrer reichen nicht hin, um sie zu fassen. Ein sehr beträchtlicher Anteil kommt auf die studierenden Frauen. Es gibt auch deutsche studentische Korporationen, die immer noch nicht von ihren Aneipfitten ablassen; daß sie dadurch ihr Ansehen bei den Letten besonders erhöhen, kann man nicht sagen.

Man bekommt da oben neuerdings den Eindruck, daß die durch den Krieg und die Friedensschlüsse geschaffenen Zustände unbefriedigend sind, daß sich diese kleinen, schwach bevölkerten, wirtschaftlich schwachen Staaten durch Postmantra und Währungschaos, Paß- und Visumschikanen hermetisch voneinander abschließen, ist trübsal und verderblich. Estland, Lettland und Litauen gehören wirtschaftlich zusammen, sie könnten sich auch gemeinsam bessere Verkehrs- und Handelswege schaffen, viel Geld ersparen, wenn sie sich nicht durch Hafenanlagen u. dgl. gegenseitig zu übertrumpfen und auszustechen suchten. Man kann durchaus nicht einsehen, warum nicht in einem politischen und wirtschaftlich alle drei Völker umfassenden Staate jedem eine volle nationale Freiheit und Sicherheit geboten werden könnte; und darum geht's ja schließlich! Ich bin auch überzeugt, daß es früher oder später so kommen muß und der Deutschtum aufhören wird, daß man zwischen Bessingfors und Endfahnen vielerlei Geld braucht, so daß man sich überhaupt nicht mehr zurechtfindet, und ein kleines Vermögen für Ein- und Ausreisewisa ausgeben muß. In jenen Bältern steckt viel Wertvolles, sie werden Europa noch Gutes bringen; nur schade, daß auch bei ihnen mehr Dux als Liebe zu finden ist. Möge die Verdrängung von fremdem Gode, das so lange auf ihnen gelastet hat, sie zur Verständigung mit ihren Nachbarn, zur neuen Staatenordnung reif machen, die auf nationaler Unabhängigkeit, aber sozialer, politischer und wirtschaftlicher Zukunftsangehörigkeit aller Völker Europas aufgebaut werden muß.

(Schluß)

Tages-Neuigkeiten.

Der liebe Gott und die Monarchisten.

Aus Wien wird uns geschrieben: Es ist wohl die neueste Spezialität der österreichischen Frontkämpfer und Monarchisten, daß jetzt von ihnen der liebe Gott bei dem Sturze der Republik und bei der Wiedereinführung der habsburgischen Monarchie um seine fremdliche Mitwirkung gebeten wird. Da die Herren offenbar erkannt haben, daß auf die eigene Kraft aufrecht lange Zeit hinaus kein richtiger Verlaß ist, haben sie an ihre Mitglieder dieser Tage die folgende gedruckte Mitteilung ergoßen lassen:

Kaisertreue Volkspartei
Sitz: Galtwirtsch. Alter Eisbergg. 1, Wallgasse 8 (beim Franziskanerkloster). Sprechstunden täglich von 4-5 Uhr.
Hauptleitung: XVIII., Gendgasse 128, Sekretariat: 1, Wallgasse 8.
(Gratis Stellenvermittlung für Mitglieder.)
Sonntag, den 14. Oktober 1923, halb 9 Uhr vormittags

feierlicher Wittgottesdienst
in der Peterkirche, 1., Petersplatz, mit großer geistlicher Affizienz, Festbeleuchtung, große Chormusik und patriotischer Festpredigt

für die baldige Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich

!! Erscheinen ist Ehrenpflicht !!
Der Exekutiv-Ausschuß der Kaisertreuen Volkspartei.

Was wäre wohl geschehen, wenn es in der alten Monarchie einem Geistlichen eingefallen wäre, in einer Kirche einen „feierlichen Wittgottesdienst für die Wiedereinführung der Republik“ zu veranstalten? Er wäre wahrscheinlich vom Altar weg verhaftet und mit noch etlichen Teilnehmern des „Wittgottesdienstes“ wegen Verbrechen des Hochverrats auf die Anklagebank gekommen. Das wird natürlich bei der bekannten Rücksicht, die die Wiener Polizei den Monarchisten angedeihen läßt, in der Republik nicht geschehen, und so werden die Leute, mit denen der „republikanische“ Bundeskanzler Seipel sein Wahlbündnis geschlossen hat, am 14. Oktober „unter großer geistlicher Affizienz“ und bei Festbeleuchtung“ in aller Ruhe den lieben Gott um „die baldige Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich“ bitten dürfen.

Man muß aufrichtig den Langmut der Wiener Arbeiterbewegung bewundern, die in gewohnter Parteidisziplin sich durch diese freche und verräterische Provokation der Monarchisten nicht zu unüberlegten Taten hinreißen läßt.

Wieder ein Beitrag zur Hakenkreuzermoral. Stadtrat Genosse Höhnel in Turn erhielt dieser Tage nachstehende Bekenntnisse einer schönen hakenkreuzerischen Seele in Briefform:

An den Sozialdemokratischen Stadt Rat resp. Sozialdemokratischen Schrein I. Klasse Höhnel Turn!

Ich glaube es Dir Schwein recht gerne, daß es Dir Zauberei nicht ungenau sei, wenn Ihr großen Gauner 4 Mandate verloren habt, das ist aber viel zu wenig, nicht ein einziger von Euch großen Schweinehund sollte in eine Gemeindevorstellung kommen. Ich war einmal ein großer Anhänger Eurer Sorte, aber Euch großen Schweinehund habe ich kennen gelernt, Ihr Schweine als solche sollte sofort ohne Verhör aufgehängt werden.

Ein gewisser echter Sozi. Lebe wohl Du alte Sozialdemokratische Sau. Frz. A.

Den Hakenkreuzern ist diese Revolverung des Herrn Frz. A. — der seinen Mut hinter der Anonymität „verbirgt“ — vom Herzen zu gönnen.

Die tschechischen sozialistischen Studenten bei Minister Bechyně. Die Vertreter der tschechischen sozialistischen Studentengruppen sprachen heute beim Unterrichtsminister Bechyně vor, um ihn über seinen Standpunkt für den Fall zu befragen, daß in Angelegenheit des Professors Dr. Fischer und Doz. Dr. Sedláček die deutschnationalen Studenten versuchen sollten, die Vorlesungen zu stören oder unmöglich zu machen.

Besserung im Gesundheitszustand Lenins. Der Sekretär des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Molotow teilte in einer Verammlung in Moskau mit, daß in den letzten zwei Monaten eine entschiedene Besserung im Gesundheitszustand Lenins eingetreten sei.

Lloyd George — Ehrenindianer. Auf seiner amerikanischen Tournee ist Lloyd George eine ganz besondere Ehrung widerfahren. Der Stamm der Sioux hat ihn zu seinem Ehrenmitglied ernannt.

Der Rückgang des Berliner Fremdenverkehrs. Aus Berlin wird gemeldet: Noch der amtlichen

Statistik ist im Berliner Fremdenverkehr im Zusammenhang mit der ungeheuren Teuerung und der Unsicherheit der Verhältnisse ein enormer Rückgang eingetreten. Zum ersten Male seit vielen Jahren ist die Gesamtziffer unter 100.000 gesunken.

Fluchtversuch bulgarischer Kommunisten. Aus Sofia wird gemeldet: Als die in Zbilengrad verhafteten Kommunistenführer D. Basiljev und St. Manolov zum Bahnhof gebracht wurden, unternahm sie einen Fluchtversuch.

Eine Prügelmaschine. Die „Chicago Tribune“ erzählt, daß in der Strafanstalt von Winnetypeg in Kanada nächstens eine Maschine mit verschiedenen Werkzeugen in Tätigkeit gesetzt werde, um die Prügelstrafe, die dem neuen Strafgesetzbuch gemäß ausgesprochen werden kann, zu erteilen.

Der Dom von Pola in Flammen. Der Dom von Pola ist Sonntag nachts in Brand geraten. Der größte Teil des Mittelschiffes und die Kuppel wurden zerstört.

Die größte Brücke der Welt. Nach Londoner Blättern hat man in Sydney (Australien) die Pläne für eine Brücke ausgearbeitet, die den Hafen überspannen soll und der größte Brückenbau der Welt zu werden verspricht.

Der Automobilverkehr in Paris. Die Pariser Blätter melden, daß in Paris gegenwärtig 245.000 Autos verkehren, gegenüber 17.450 im Jahre 1918.

Esperanto für den internationalen Postdienst. Der Internationale Bund der esperantistischen Post- und Telegraphenbeamten, Sitz Bamberg, Bern und Paris, beschloß, eine Bittschrift an die Internationalen Post- und Telegraphenvereinigungen in Bern zu senden, um zu erreichen, daß Esperanto als leicht erlernbare, neutrale, internationale Sprache für ihre vielfältigen Beziehungen zu den fremden Verwaltungen und reisenden Personen Verwendung finde.

Die Österreichische Südbahn um 209 Millionen betrogen. Der Stationsvorstand in Puntigam bei Graz, Bartholomäus Haslacher, wurde mit seinen drei Söhnen verhaftet.

Fischsterben in der Moldau. Wie aus Rumänien gemeldet wird, führt die obere Moldau in der letzten Zeit tausende von Fischleichen flussaufwärts. Die Ursache dieses Massenstirbens dürfte durch Verunreinigung des Moldauwassers durch Fabrikabwässer entstanden sein.

Stuhl zurecht. „Aber das ist nicht genug. Sie brauchen einen Freund, der dem alten Meer-schwein ordentlich den Text liest. Der soll drei Millionen haben und läßt Sie darben.“

„Armes Kind,“ sagte Frau Sauwag. „Lassen Sie es gut sein, mein Püppchen, Ihr Ungeheuer von Vater beschwört ja das Unglück auf sich herauf.“

Bei diesen Worten fielen sich Victorins Augen mit Tränen, und die Witwe verneigte auf einen Wink von Frau Couture.

„Wenn wir ihn nur zu sehen bekämen, wenn ich ihn sprechen und ihm den letzten Brief seiner Frau übergeben könnte,“ fuhr die Witwe des obersten Kriegskommissars fort.

„Oh, ihr unschuldigen, unglücklichen und verfolgten Frauen,“ unterbrach sie Vautrin, „leidt ihr so weit! Es wird nicht mehr lange dauern, dann nehme ich mich eurer Sache an und alles kommt in Ordnung.“

„Oh, Herr Vautrin,“ sagte Victorine und warf ihm einen feuchten und doch brennenden Blick zu, der ihm jedoch keinen Eindruck machte.

In diesem Augenblick kamen Goriot, Fräulein Michonneau und Poiret, vielleicht vom Essensgeruch, der der Küche entströmte, angelockt.

Die Frau erschlagen. Als das Kind des Goldarbeitergehilfen Josef Dorn in Kerschbaum bei Kapitz am 2. d. aus der Schule nach Hause kam, fand es seine Mutter, eine im Aufstade lebende Tabakfabrikarbeiterin, in einer Blutlache auf dem Boden liegen.

Ein zehnjähriger Brandstifter. Ein zehnjähriger Schulknabe hat in Dürk (Mähren), während er nächst einer Scheuer Aiche hüllte, diese Scheuer in Brand gesteckt und dadurch einen Schaden von 120.000 K verursacht.

Schwerer Unfall. In Turn hat sich dieser Tage ein schwerer Unfall ereignet. Der 48jährige Vergarbeiter Josef Novak nahm an einem Feuerzeug eine Reparatur vor, wobei eine in Verwendung genommene Sprengpatrone explodierte.

Polische Eintrittskarten für Fußballspiele. Eine Betrugsaffäre, die seinerzeit in Prag in Sportkreisen großes Aufsehen erregt hat, fand gestern beim Prager Strafgericht (Senat des OGH. St. 2. p. a.) ihre gerichtliche Sühne.

Der Sanitätsverwaltungsausschuss in Prag hat mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1923 in den Landesanstalten für strotlose Kinder in Luz und Zwidau die bisherige Verpflegung von 30 K auf 24 K herabgesetzt.

Die Ausgabe von Zwei-Seller-Stücken. Die neuen Zwei-Seller-Münzen werden ebenso wie die Zehn-Seller- und Fünf-Seller-Stücke mit dem Brütensilbe geprägt sein, sich von diesen aber im Material — sie werden aus einer zinnreichen Legierung hergestellt werden — schon äußerlich deutlich unterscheiden.

Prager Chronik.

Die automatische Telephonzentrale. In Prag wird im Laufe des Jahres 1924 oder zu Beginn des Jahres 1925 die automatische Telephonzentrale eingeführt werden.

Kleine Chronik. Yokohamas Wiederaufbau.

Tokio und Yokohama sind die beiden Großstädte, die unter dem Erdbeben am meisten gelitten haben. Tokio weist zwar die größere Anzahl Toter auf, das Erdbeben, die am dichtesten bewohnten Viertel der armeren Bevölkerung vernichtete.

Die fast vollständige Zerstörung Yokohamas hat nun den Plan hervorgerufen, die Stadt überhaupt aufzugeben, wie ein Schiffswrack, und sie an einer anderen sicheren Stelle wieder aufzubauen.

Yokohama ist der Hauptort des japanischen Seidenhandels, der ein Drittel der japanischen Ausfuhr beträgt und das wirtschaftliche Rückgrat des Landes bildet.

Der Sanitätsverwaltungsausschuss in Prag hat mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1923 in den Landesanstalten für strotlose Kinder in Luz und Zwidau die bisherige Verpflegung von 30 K auf 24 K herabgesetzt.

Ausgrabung einer Minervostatue. Eine wichtige archäologische Entdeckung ist in Rom bei Grabungen gemacht worden, die bei Ausschachtungen für ein Haus am Ufer des Tiber ausgeführt wurden.

Vater Goriot. 12

Von Honoré de Balzac.

„Was ist das?“ sagte Vautrin und entriß Christoph einen Brief mit der Aufschrift: Frau Gräfin Anastasie von Restaud. „Wohin geht du?“

„In die Rue du Helder. Ich habe den Auftrag, den Brief der Frau Gräfin persönlich zu übergeben.“

„Was ist denn drin,“ sagte Vautrin und hielt den Brief gegen das Licht; „eine Banfnote? Nein.“

„Ruhe bin ich durch die Welt geirrt, Kennen tut mich jedermann.“

„Wir haben in Saint-Etienne-du-Mont gehet; wir wollen heute zu Herrn Taillefer gehen. Das arme Herrchen zittert wie Espenlaub.“

„Zie ihn recht, mein Fräulein, Gott zu bitten, daß er das Herz Ihres Vaters erweiche.“

„Oh, Herr Eugen,“ sagte Sylvia, „heute werden Sie mit den anderen zusammen frühstücken.“

„Ich habe etwas Zeitliches erlebt,“ sagte er, „fühlte sich eine tüchtige Portion Hummelbraten auf seinen Teller und schnitt sich eine Scheibe Brot ab, deren Dicks Frau Vouquet ängstlich kontrollierte.“

„Ein Abenteuer?“ sagte Poiret. „Nun, worüber wundern Sie sich, alter Herr?“

„Ich sage Ihnen, da sich die Jauntönige viel besser als die Könige amüsieren.“

„Das ist wahr, ich wäre lieber ein sorgloser kleiner Vogel als ein König, weil...“

„Genug,“ sagte der Student, ihm ins Wort fallend, „ich habe mit einer der schönsten Frauen, einer entzückenden Gräfin, dem begabtesten Gelehrten, das ich je gesehen habe, gelant.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Ich habe etwas Zeitliches erlebt,“ sagte er, „fühlte sich eine tüchtige Portion Hummelbraten auf seinen Teller und schnitt sich eine Scheibe Brot ab, deren Dicks Frau Vouquet ängstlich kontrollierte.“

„Ein Abenteuer?“ sagte Poiret. „Nun, worüber wundern Sie sich, alter Herr?“

„Ich sage Ihnen, da sich die Jauntönige viel besser als die Könige amüsieren.“

„Das ist wahr, ich wäre lieber ein sorgloser kleiner Vogel als ein König, weil...“

„Genug,“ sagte der Student, ihm ins Wort fallend, „ich habe mit einer der schönsten Frauen, einer entzückenden Gräfin, dem begabtesten Gelehrten, das ich je gesehen habe, gelant.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Das ist wahr, ich wäre lieber ein sorgloser kleiner Vogel als ein König, weil...“

„Genug,“ sagte der Student, ihm ins Wort fallend, „ich habe mit einer der schönsten Frauen, einer entzückenden Gräfin, dem begabtesten Gelehrten, das ich je gesehen habe, gelant.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

„Hörte man die Schritte des Studenten auf der Straße.“

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Betriebsrätekonferenzen in Falkenau und Maglar.

In der Betriebsrätekonferenz für das Falkenauer Revier wurden die Beschlüsse der Betriebsrätekonferenz der Bergarbeiter einstimmig angenommen und der Zentralstreikleitung ebenso das Vertrauen ausgesprochen. Die Arbeitsaufnahme ist am Dienstag erfolgt.

Ebenso hat die Betriebsrätekonferenz für das Maglarer Revier die Beschlüsse der Betriebsrätekonferenz genehmigt und der Zentralstreikleitung ein Vertrauensvotum erteilt. Auch da ist die Arbeitsaufnahme am Dienstag erfolgt.

Internationaler Kongress der Lebens- und Genussmittelarbeiter.

Schluss der Tagung. — Das Verhältnis zu den Kommunisten. — Die tschechoslowakische Frage. Die Nacharbeit in den Bäckereien.

In der Sitzung am Dienstag, den 2. Oktober gab der Unionsvorstand eine Erklärung zu Protokoll, die besagt, daß er die in einem Antrag der russischen Kollegen enthaltenen Angriffe gegen den Internationalen Gewerkschaftsbund nicht billigen kann.

Sodann gelangen die gestellten Anträge und Resolutionen zur Behandlung. Ein scharfer Kampf entspann sich wegen der vom Unionsvorstand vorgeschlagenen Sicherungen gegen die Forderungen und die Herausgabe von Publikationsorganen durch Landeszentralen. Die russischen Kollegen versuchten die Erreichung einer Abschwächung. Dies wurde abgelehnt. Die Statuten erhielten folgende Ergänzung:

Zur Erledigung der Aufgaben der Union sind einzig ihre Organe zuständig. Jede Bildung von Nebenzentralen sowie jede organisatorische Bindung einzelner Verbände zum Zwecke der Bekämpfung der Union ist unzulässig.

Die Herausgabe von Publikationen internationalen Charakters ist den angeschlossenen Organisations unterstellt.

Alle Publikationen, die sich auf Vorbereitung von Mitteilungen beziehen, haben einzig und allein durch das, von der Union herausgegebene Mitteilungsblatt, dessen Raum allen Verbänden zur Verfügung gestellt wird, zu erfolgen.

Sollten einzelne der Organisationen sich Statutenverletzungen zuschulden kommen lassen, dann hat der Vorstand das Recht, diese Organisationen aus der Union auszuschließen.

Den angeschlossenen Organisationen steht das Referat an den nächsten Kongress zu.

Eine längere Diskussion entstand wegen der tschechoslowakischen Frage. Dort bestehen zwei Gewerkschaftszentralen, die Verbände sind diesen angeschlossenen. Der Kongress kommt nach Prüfung der Sachlage zu der Auffassung, daß ein endgültige Lösung nur durch eine Vereinbarung der bestehenden Landeszentralen herbeigeführt werden kann. Der Kongress ist damit einverstanden, daß bis zur definitiven Regelung Richtlinien für die der Lebensmittel-Internationalen angeschlossenen Verbände aufgestellt werden, die bis zur Vereinigung eine Zusammenarbeit ermöglichen.

Die Frage der Schaffung von Industrieverbänden gibt den Delegierten Gelegenheit, ihre Ansicht zu dieser wichtigen Sache zu äußern. Angenommen wird folgender Antrag:

Die wirtschaftliche Konzentration des Unternehmertums entwickelt sich in Formen, die in immer schnellerem Tempo zur Zusammenlegung gleicher Berufe zu großen Industrieunternehmen führen. Dieser Prozeß bedingt naturgemäß eine Akkumulation von Kräften, die das Unternehmerrkapital zur Bekämpfung der Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft verwendet.

Diesen neuen Formen des Kampfes kapitalistischer Kräfte erscheint es notwendig, die organische Zusammenfassung der in der Gewerkschaftsbewegung liegenden Kräfte gegenüber zu stellen. Im Kampfe der Arbeiterschaft um einen höheren, kulturellen Aufstieg, um Verbesserung der Arbeitszeit, um die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, können nur starke Industrieorganisationen ins Feld geführt werden.

Von diesen Erwägungen ausgehend, erachtet es der IL Kongress der Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter als die nächste Aufgabe die Umgestaltung der bestehenden Organisationen von Berufs- zu Industrie-Verbänden.

Zur Lösung dieser Aufgabe erhält die Exekutive Auftrag, Richtlinien auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau zu Industrieverbänden ermöglichen sollen.

Zu der Frage, Abschaffung der Nacharbeit in den Bäckereien liegt eine Resolution vor, die die Zustimmung erhält. Sie soll mit der erforderlichen Begründung der gesamten Presse überwiesen werden. Zuhanden des nächsten Internationalen Gewerkschaftskongresses wird folgender Antrag angenommen:

Die Bestrebungen der Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter, die auf eine vollständige Beseitigung der Nacharbeit in den Bäckereien gerichtet sind, müssen von allen angeschlossenen Landeszentralen unterstützt werden. Die Landeszentralen sind gehalten, den Verbänden der Bäckerarbeiter jeden Schutz angebotenen zu lassen. Sie haben weiter die Pflicht, ihren Einfluß in den Parlamenten, zum Zweck des Erlassens von Gesetzen über das Verbot der Nacharbeit in den Bäckereien, geltend zu machen.

Von den russischen Genossen liegen noch einige Resolutionen über Bulgarien, die Offen-

sive des Kapitals, Reaktion und Faschismus, sowie über die Zustände in Deutschland, vor. Der Referent des Unionsvorstandes ersucht den Kongress, von den Resolutionen Abstand zu nehmen. Es handelt sich hier um Fragen von internationaler Bedeutung für die, richtig betrachtet, die Gewerkschaftsinternationalen zuständig ist. Uebrigens liegen Resolutionen von dem Kongress in Rom vor, zu deren Einhaltung wir verpflichtet sind. Die Delegierten sind damit einverstanden, daß die angeschlossenen Verbände aufgefordert werden, im Sinne der Resolutionen zu handeln.

Den deutschen Kameraden scheidet der Kongress moralische und finanzielle Hilfe zu. Einmütig erklären die Delegierten, daß sie es als ihre Pflicht betrachten, hier internationale Solidarität zu wahren.

Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wird hierauf der Kongress geschlossen.

Die Arbeitslosigkeit im Monate September.

Wie das Ministerium für soziale Fürsorge mitteilt, wurden am 15. September 1923 direkt 57.000 Personen, nebst 50.500 Familienangehörigen, zusammen 107.500 Menschen unterstützt. Indirekt (durch die Unternehmungen) wurden 41.700 und 24.400 Familienangehörige, zusammen 66.100 Personen unterstützt. Die Gesamtzahl der Unterstützten betrug 173.600.

Der Banknotenumlauf in der Tschechoslowakei

beträgt nach dem letzten Ausweise des Bankamtes vom 7. Oktober 9162,700.000 Kronen. Der Vorrat an Notulaten beläuft sich auf 2408,933.000 Kronen.

Verhältnis der Löhne zu den Profiten in Belgien.

De Leoner, Universitätsprofessor in Brüssel, untersuchte dieses Verhältnis für die Jahre 1904 bis 1913 für die belgische Industrie. In den letzten Jahren betragen die Gewinne 21 bis 30 Prozent der Gesamtlöhne, durchschnittlich 24 Prozent. Die Untersuchungen über das belgische Nationalvermögen bekräftigen nach De Leoners Ansichten diese Feststellungen. In den Aktien- und Privatindustrialgesellschaften kamen jährlich durchschnittlich 400 Millionen Dividenden zur Verteilung, während die Gesamtlöhne einhalb Milliarden ausmachten. Das Verhältnis des Profits zu den Löhnen betrug also nach dieser Berechnung 26 Prozent. Es sind hier aber nur die Dividenden berücksichtigt. Wir wissen aber wohl, daß das Kapital aus anderen Quellen Gewinne hat, die vielfach größer sind, als die den Aktionären in Form der Dividenden ausgeschütteten.

Kanadischer Gewerkschaftskongress.

Am 10. September ist in Vancouver der 39. ordentliche Kongress des Kanadischen Gewerkschaftsbundes eröffnet worden. Es wohnten ihm 300 Delegierte bei. Unter den Gästen befand sich auch F. W. Brown vom Internationalen Gewerkschaftsbund. Den Angaben des Finanzberichts zufolge stellt sich die Gesamtmitgliedszahl auf 121.842 gegen 164.883 im Jahre 1921. Die totalen Einnahmen beliefen sich auf 26.471 Dollars und die Ausgaben auf 22.283. Es besteht demnach für das Finanzjahr ein Aktiofaldo von 4188 Dollars. Es wurde u. a. eine Resolution zugunsten der Berufsverbände im Gegensatz zu Industrieverbänden, gegen die Einführung billiger Arbeitskräfte für die Erntezeit und die Verwendung militärischer Einheiten bei industriellen Konflikten angenommen.

Devilenturke.

Die tschechische Krone notiert in:

Kürsch	Schw. Krant 16,05/00
Wolle	Paris 36,200,000/00
Wien	Österr. Kr. 2125/00

Prager Kurze am 9. Oktober.

	Geld	Ware
100 Holl. Gulden	1362,00	136,60
1 Million Mark	601,25	60,25
100 belg. Frank	176,75	17,25
100 schweiz. Fran!	618,75	62,25
1 Pfund Sterling	158,75/00	15,25/00
100 Lire	157,25/00	15,75/00
1 Dollar	34,30/00	3,47/00
100 franz. Frank	208,75/00	20,25/00
100 Dinar	40,12/00	4,02/00
10.000 magdar. Kronen	18,25/00	1,82/00
10.000 poln. Mark	0,34/25	0,35/75
10.000 österr. Kronen	4,65/50	5,15/50

Theater und Kunst.

Kunst und Nationalismus.

Folgende brachten wertvolle Bemerkung sinden wir in der „Frankfurter Zeitung“:

„Ein deutsch geschriebenes Blatt der tschechischen Regierung in Prag, das „Prager Abendblatt“, hat vor einigen Tagen mit Genußnutzung davon Kenntnis genommen, daß die Wiener Staatsoper aus Anlaß des hundertjährigen Smetana-Jubiläums eine bisher in Wien noch nicht aufgeführte Oper Smetanas, „Das Geheimnis“, aufführen will. Das Blatt knüpft daran einige gutgemeinte Bemerkungen über das Schwinden nationaler Vorurteile, wofür ihm außer dem Vorgehen der Wiener Staatsoper die Heranziehung tschechischer Gelehrten zu wissenschaftlichen Vorträgen in Wien und die Aufführung der Werke tschechischer Autoren in österreichischen und reichsdeutschen Theatern als Beweis gelten. Das Blatt bedauert, daß nicht auch das Prager Deutsche Theater Werke von tschechischen Autoren aufführe. Das hat nun wohl seinen Grund in den besonderen Verhältnissen, die in Prag bestehen, und nicht wenig mag zu solcher Abschließung die Behandlung beitragen, die nach dem Umsturz und später dem Deutschen Landestheater von der tschechischen Straße zuteil wurde, und die nun noch nachwirkt. Inwiefern kann

ein solcher Zustand gegenseitiger Verärgerung nicht ewig dauern. Die Deutschen haben — und darauf dürfen wir stolz sein — niemals eine engherzige Abschließung auf dem Gebiete der Kunst und der Wissenschaft betrieben. Und während man in England Beethoven zu einem „Belgier“ umfälschte, weil nicht bloß dem deutschen Staat, sondern auch aller deutschen Kunst der Krieg erklärt war, und während in Paris überhaupt nichts Deutsches gezeigt und aufgeführt werden durfte, haben die deutschen Bühnen keinen Augenblick daran gedacht, Chateaubriand oder Molière, Bizet oder Verdi von ihren Programmen auszuschließen und wir entsetzen uns nicht, daß es deswegen irgendwo Standal gegeben hätte. In den Ländern des ehemaligen Habsburgerreiches, wo der widerwärtige Nationalitätenkampf auch jetzt noch nicht erloschen ist, mag es in bezug auf die Wertesivolisierender Völkler etwas anders bestellt sein. Es gäbe aber ein Mittel, das allen diesen läßlichen Händeln ein Ende machen könnte. Das wäre in der Schachschloßweise, in Polen, Südslawien und den anderen gemischt-nationalen Staaten dieselbe frei und vertrauensvolle Methode gegenseitiger Anpassung im Staate einzuführen, wie sie zwischen den drei Völkern der Schweiz besteht. Wollte das tschechische Mehrheitsvolk gegen die 3,5 Millionen Deutschen ebenso verfahren, wie die deutsche Mehrheit in der Schweiz mit den beiden dortigen Minderheitsvölkern, nämlich so, daß von Mehrheit und Minderheit eigentlich überhaupt nicht die Rede ist, sondern nur von völlig gleichberechtigten Vögern verschiedener Junge, so würden solche im Grunde sehr kräftig-liegenden „Gravamina“ rasch verschwinden. Man fängt jetzt an, deutsche Lehrer an tschechischen Schulen in tschechischen Gemeinden zur Erteilung deutschen Sprachunterrichts anzustellen und umgekehrt. Das ist etwas, aber nicht viel, und der Weg vom nationalen Dünkel der Mehrheit bis zur Vernunft und zum echten Gefühl für Billigkeit und Recht ist noch weit.“

Spielplan des Neuen Theaters.

Heute Mittwoch (8-IV) Casprij Elise Nord-Rechner „Die Siegerin“, morgen Donnerstag (9-IV), Anfang 8 Uhr „Diegier“, Freitag (Terzianspr. 11-11) Gastspiel Fopi Glöcker „Frau Präsidentin“, Samstag (10-11) unter Zemlinits Leitung „Die Gaubertiere“, Sonntag (Aben. aufgeh.) Premiere „Mäd!“.

Arbeitervorstellung „Das Nachtlager von Granada“.

Sonntag, den 11. Oktober, 2 Uhr, zu ermäßigten Preisen Kreuzers romantische Oper „Das Nachtlager von Granada“ und Wolf Ferraris Intermezzo „Zusammens Geheimnis“.

Urania.

Sonderleistung für Erwachsene und Schüler.

10 Zb. (Buchbinden, Kartonnagen). Vortr.: Prof. Bruska. Ort: Jelenhof II. Stad, Rifolander-Realschule. Kursarten 10 K. — Heute 8 Uhr: „Der Sinn der deutschen Geschichte“, Geheimrat Hermann Ouden-München. Karten 10-3, Mitgl. 8-2 K.

„Signalverbrecher“.

Ministerialdirektor Dr. Wulffen, Dresden Freitag, den 12., 8 Uhr. Der Vortrag vermittelt physiologische und biologische Erklärungen über die Erscheinungen des Sadismus, der grausamen Mütter und Frauen, der Lustmörder, des Fetischismus und über alle Formen des sexuellen Verbrechens. Karten 12-4, Mitgl. 10-3 K.

„Die Theorie des Glücks“.

Geheimrat Wilhelm Cistwald-Leipzig Montag, den 15. d., 8 Uhr. Karten 15-4, Mitgl. 13-3 K.

„Scherz und Humor zur Laute“.

Hans Valder, ehem. Mitglied des deutschen Landestheaters in Prag. Dienstag, den 15. d., 8 Uhr. Karten 12-4, Mitgl. 10-3 K.

„Eine Abreise“

mit 90 Lichtbildern. Dozent Dr. Pollak Sonntag, den 14. d., halb 5 Uhr. Zweiter Vortrag in der Reihe: „Imilde durch die Welt“. Karten zu 3 und 4 K.

Erste Urania-Klassiker-Vorstellung: „Agamemnon“.

Neues Deutsches Theater Samstag, den 13. d., 8 Uhr. Bedeutend ermäßigte Preise. Karten: 16-44 K, Sitzplätze 2,50-10 K, Urania-Kasse und Rifolander-Realschule.

Literatur.

Die Konsumgenossenschaft Nr. 19 vom 1. Oktober 1923 hat folgenden Inhalt: Wiederbeschaffungspreis. (Der Hochadler Grundlag: Verkauf zu Tagespreisen!) Von S — u — n. — Feuilleton: Wirtschaftsorganisationen in der tschechischen Arbeiterbewegung.

schalt. Von Prof. Anton Schreiner (Auffig). — Gibt es auswärts? Statistische Erwägungen über den Umsatz. Von Karl Paukrajun. (Aöln a. Rh.). — Die Bedeutung der eigenen genossenschaftlichen Mittel und ihr Verhältnis zum fremden Kapitale. Von Hans Witti (Prag). — Zunderlampagne (1923) 1923. Von Franz Sjöffe (Prag). — Der Streit bei der englischen Großhandelsfirma. Von Emund Freundlich (Wien). — Vom Tage. — Bildungsarbeit. — Literatur: Einkauf neuer Bücher und Schriften. Buchbesprechungen. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Ausländigungen der Konsumvereine. — Inserate.

Aus der Partei.

Kreisbesprechung Troppau.

Sonntag, den 14. Oktober findet im Arbeiterheim in Jägerndorf um 9 Uhr vormittags die odenliche Kreisbesprechung statt. Auf der Tagesordnung stehen: Bericht. Das Ergebnis der Gemeindevahlen (Referent: Georgordner Genosse Cermak). Bildungsarbeit und Jugendfürsorge (Referent: Genosse Dr. Stern, Leiter der Zentralstelle Bildungswesen). Wahl der Kreisvertretung und Eventuelles.

Besprechungsbesprechung Peitschen.

Sonntag, den 14. Oktober 1923 um halb 9 Uhr vormittags findet im Gasthause „Stadt Marienbad“ in Peitschen eine außerordentliche Bezirksbesprechung statt. Tagesordnung: Einkauf und Berichte. Das Ergebnis der Gemeindevahlen und unsere nächsten Aufgaben. Referent: Gen. Wondrat-Karlbad, und Parteiangelegenheiten.

Der Karlsbader Volksbildungsverein.

Die Kreisvertretung Karlsbad der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei gibt bekannt: Im Jahre 1920 hat sich in Karlsbad ein „Volksbildungsverein“ gebildet, dessen hauptsächlichste Tätigkeit die Veranstaltung von Gesellschaftsreisen ist. Der Verein hat auch Sektionen außerhalb des Karlsbader Bezirkes gebildet. Vor einigen Monaten entstanden in diesem Verein Differenzen und Streitigkeiten, die Generalsversammlung setzte eine Schiedskommission ein, ein Streitlich schuf inzwischen einen neuen „Allgemeinen Volksbildungsverein“, in dem ähnlich wie im erstgenannten Verein, auch Parteigenossen Funktionen ausübten. Die Kreisvertretung beschloß nach Entgegennahme der eingehenden Berichte, allen Parteigenossen dringendst zu empfehlen, an der Tätigkeit der beiden Vereine nicht weiter teilzunehmen, sich von der Ausübung von Funktionen überal, also auch in den Sektionen, fern zu halten. Franz Steidl aus Fischern, der Leiter und Organisator der Reisen, für welches Unternehmen der Name „Volksbildungsverein“ nur als Aufhängeschild verwendet wird, hat mit unserer Partei keinerlei Zusammenhang oder Beziehung. Da er seine Organisations- und Personalkenntnisse aus der Zeit, da er in unserer Partei tätig war, für sein derzeitiges Neugeschäft benützt, und, wie festgestellt wurde, auch mißbraucht, wird die Kreisvertretung durch entsprechende Informationen der Genossen unserer Partei und jener des Auslandes Abhilfe schaffen.

Bereinsnachrichten.

Ortsgruppe Groß-Prag des Arbeiter-Abkinnendenbundes in Tepliz-Schönan.

Die diesjährige Vollversammlung der Ortsgruppe Groß-Prag des Arbeiter-Abkinnendenbundes findet am 5. November 1923 im „Vereine deutscher Arbeiter“ statt. Tagesordnung: Verlesung des Protokolls der letzten Vollversammlung, Berichte, Wahl des Ortsgruppenvorstandes und der Vertreter zur Bundesvollversammlung 1924 und freie Anträge. Beginn 8 Uhr.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 25, Kl. Baw.
1889

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

«Berson»
Achten Sie genau
auf Schutzmarke
und Namen. Weisen
Sie Nachahmungen
zurück!
Berson-Gummiabsätze und -Sohlen